
André Hahn

Der Wandel beginnt

Einführende Daten und Fakten

Nach der Öffnung der Mauer in Berlin erreichte nicht nur die Übersiedlerbewegung ihr historisches Hoch, es war auch der Beginn eines gewaltigen sozialen und politischen Umbruchprozesses in Ostdeutschland, der in die Wirtschaftsunion und alsbald die Wiedervereinigung mündete. Letztere markierte dann endgültig den Anfang des Angleichungsprozesses zwischen Ost und West. Das Anpassungsvermögen der Übersiedler an die westdeutsche Gesellschaft bildet nach allgemeiner Auffassung eine wertvolle Informationsquelle, Erkenntnisse über den bevorstehenden Integrationsprozeß der ehemaligen beiden deutschen Teilstaaten zu gewinnen, an dessen Ende idealerweise die soziale Einheit stehen würde (Schumann, 1991). Die vorliegende Untersuchung hat dabei den Vorteil, nicht nur den Anpassungsprozeß der Übersiedler verfolgen zu können, um daraus Prognosen über zu erwartende Einheitsprobleme abzuleiten oder diese zu bestätigen, sondern kann auch direkt die psychologischen Folgen des Wandels und die Anpassungsleistung Ostdeutscher in zwei verschiedenen Kontexten analysieren. Auch wenn die Veränderungen in Ostdeutschland mit dramatischer Geschwindigkeit vorangeschritten sind, so erfolgten sie dort dennoch nicht so abrupt und unmittelbar wie bei den Übersiedlern. Aus dieser Perspektive verläuft der Wandel in Ostdeutschland sogar eher im Zeitlupentempo in einer vertrauten, historisch gewachsenen Umgebung. Es ist daher zu erwarten, daß Reaktionen auf die jeweilig betrachteten soziokulturellen Veränderungen bei den Übersiedlern viel früher zu beobachten sind als in Ostdeutschland.

In diesem Kapitel werden die Untersuchung und das Forschungsdesign sowie die Stichproben der Übersiedler bzw. der Ostdeutschen vorgestellt. Im ersten Abschnitt beschäftigen wir uns zunächst mit den Übersiedlern, dem Zeitpunkt und den Umständen ihrer Flucht oder Übersiedlung und vergleichen die demographische Struktur dieser Gruppe mit derjenigen der ehemaligen DDR-Bevölkerung. Beschrieben wird, ob und in welchem Ausmaß die Übersiedler allein oder im Familienverbund nach Berlin kamen, sowie das Ausmaß, in dem Freunde und Familienangehörige zurückgelassen wurden. Genauer setzen wir uns mit den Motiven der Übersiedlung/Flucht und dem Vorwurf, es seien in erster Linie Wirtschaftsflüchtlinge, die nach der Öffnung der Mauer in die BRD kamen, auseinander. Abschließend wird die Lebenssituation direkt nach der Übersiedlung, insbesondere die Wohn- und Arbeitssituation und entsprechende Erwartungen, skizziert und diskutiert. Ebenfalls werden erste Hinweise auf die sozialen Integrationsbemühungen der Übersiedler analysiert. Der zweite Abschnitt beschäftigt sich dann mit der ostdeutschen Stichprobe. Neben

einer Beschreibung der demographischen Struktur, der Wohn- und Arbeitssituation, sowie der sozialen Integration, gehen wir auf "West"-Kontakte und durch Übersiedlungen verursachte Netzwerkverluste aus dem familiären Umfeld ein. Im Zentrum dieses Abschnitts stehen die Motive für den bisherigen Verbleib in Ostdeutschland. Analysiert wird hier das Ausreisepotential zur Zeit der Wirtschafts- und Währungsunion. Der dritte Abschnitt schließlich beschäftigt sich — anders als die vorstehenden — mit der Längsschnittstudie, indem der Entwicklung sozialer Rahmendaten (Wohnen und Arbeiten) nachgegangen wird. Diese bilden die Grundlage oder aber vervollständigen das in späteren Kapiteln gezeichnete Bild der psychologischen Reaktionen auf die Anforderungen des Wandels.

Vom Osten in den Westen: die Übersiedler in Berlin

Der erste Kontakt zu den über eine Zeitspanne von fast zwei Jahren untersuchten Übersiedlern kam während der Erstbefragung in den Wintermonaten vom November 1989 bis zum Februar 1990 im zentralen Notaufnahmelager in Marienfelde, sowie in den zahlreichen Übersiedlerheimen und Notunterkünften (insgesamt 27) des Landes Berlin zustande. Der Zeitpunkt des Erhebungsbeginns läßt erkennen, daß wir selbst von der Geschwindigkeit der politischen Entwicklungen um den 9. November überrascht wurden. Als Erhebungsinstrument, dessen Entwicklung bereits Ende August abgeschlossen worden war, wurde ein schriftlicher Fragebogen zum Selbstausfüllen gewählt, der von Mitarbeitern des Instituts für Psychologie der Freien Universität Berlin sowie von Studenten, Diplomanden und Praktikanten verteilt und wieder eingesammelt wurde. Die Übersiedler wurden einzeln angesprochen und um die Teilnahme an einer wissenschaftlichen Begleituntersuchung zu ihrer Lebenssituation gebeten, in deren Verlauf sie über einen Zeitraum von zwei Jahren insgesamt drei Fragebögen zu bearbeiten hätten. Die Teilnahme war freiwillig, anonym und wurde nicht vergütet. Die Anonymität wurde mittels eines persönlichen Codes auf dem Fragebogen gesichert, der es ermöglichte, die Daten zu den drei Erhebungszeitpunkten zuordnen zu können. Auch Übersiedler, die sich nur an der Erstbefragung beteiligen wollten (18 %), wurden in die Stichprobe der ersten Untersuchungswelle aufgenommen. Die Resonanz auf unser Anliegen war erfreulich hoch. So konnten insgesamt 1.057 auswertbare Fragebögen eingesammelt werden. Obwohl die Fragebögen nur an Personen über 18 Jahren ausgegeben werden sollten, befanden sich letztlich 18 jüngere Personen in der Stichprobe. Diese Jugendlichen wurden von den weiteren Analysen ausgeschlossen. Der Stichprobenumfang entspricht in etwa 2 % aller Übersiedler, die im gesamten Jahr 1989 nach Berlin übersiedelten (ca. 50.000), oder aber einer Kompletterhebung von drei der größeren Auffanglager in Berlin.

Da der Erhebungszeitraum zwar in die Phase nach der Maueröffnung fiel, die befragten Übersiedler aber zu über der Hälfte (61 %) bereits vor diesem Datum in die Bundesrepublik eingereist waren (vgl. Abbildung 1), also vor allem in der Phase der Massenflucht über Ungarn, befindet sich eine hohe Anzahl von Flüchtlingen in der Stichprobe. Von den 1.039 Befragten sind nach eigenen Angaben 58,4 % geflüchtet und 42,6 % legal übergesiedelt. Berücksichtigt

man, daß 30,4 % der "Flüchtlinge" nach dem 9. November in Berlin eingetroffen sind, so reduziert sich der Anteil der illegal Ausgereisten auf 40,7 %. Allerdings ist zu bedenken, daß auch nach dem 9. November die Ausreise ohne ein gültiges Visum im juristischen Sinne illegal war. Und tatsächlich hatten von den 169 "Nach-Wende-Flüchtlingen" 120 kein Visum zur Ausreise beantragt, obwohl dazu keine Begründung mehr notwendig gewesen wäre und in der Regel eine solche Erlaubnis sofort ausgestellt wurde (auch der Antrag auf ständige Ausreise). Die restliche Zahl von 49 Übersiedlern, die nach der "Wende" kamen und sich selbst, trotz eines gestellten Ausreiseantrags, als Flüchtlinge bezeichneten, läßt jedoch nicht darauf schließen, daß die DDR-Behörden die neuen Bewilligungsrichtlinien nur halbherzig befolgten (es würden sich etwa 25 % Ablehnungen ergeben). In der Regel hatten diese Flüchtlinge nämlich ihren Ausreiseantrag bereits vor Jahren gestellt. Dieser ist dann wohl abgelehnt worden.

Da es sich um Selbstangaben handelt, ist auch gut vorstellbar, daß die unangemeldete Übersiedlung und ihre Begleitumstände auch noch nach dem 9. November subjektiv als Flucht erlebt worden sind. Legt man die Selbstangaben zur Flucht gegenüber der legalen Ausreise zugrunde, so deckt sich diese Verteilung in etwa mit den amtlichen Statistiken, die für das gesamte Jahr 1989 von knapp 70 % Flüchtlingen ausgehen (Wendt, 1991, S. 390; vgl. auch die in Abbildung 2 des vorherigen Kapitels dargestellten Jahresschwankungen). Auch in der Erhebung von Hilmer und Köhler (1989a) ergab sich unter den 537 Befragten ein Flüchtlingsanteil von 55 %. Die größte querschnittliche Untersuchung von Meck, Belitz-Demiriz & Brenske (1992) an 6.664 Übersiedlern stellt hierzu leider keine Zahlen zur Verfügung. Insgesamt erscheint die Berücksichtigung des Übersiedlungszeitpunktes (vor gegenüber nach der "Wende") zur Ermittlung von aussagekräftigen Differenzen zwischen Flüchtlingen und legal Ausreisenden weder aus amtlicher noch aus subjektiver Perspektive notwendig. Auch würde eine "korrigierte" Verteilung (40,7 % statt 58,4 % Flüchtlinge) den offiziellen amtlichen Zahlen weniger gut entsprechen.

Ergänzend zu den Zahlen der legalen/illegalen Übersiedlung zeigt Abbildung 1 die Anteile der Übersiedler, die zum jeweiligen Grenzübertritt einen Ausreiseantrag gestellt hatten (insgesamt 46,3 %). Für die Interpretation dieser Statistik ist es wichtig zu bedenken, daß nicht bekannt ist, wieviele der Anträge genehmigt wurden und wann sie ursprünglich gestellt worden sind. Waren es zwischen Januar und August 1989 noch deutlich mehr als zwei Drittel, die einen Ausreiseantrag gestellt hatten, so waren es im September bis November deutlich unter 50 %. Im Januar und Februar 1990 betrug der Anteil der Antragsteller nur noch knapp ein Drittel aller Übersiedler. Lediglich bei den 63 Übersiedlern, die im Dezember kamen, war der Anteil so hoch wie vor der "Wende". Insgesamt verweisen diese veränderten Anteile darauf, daß sich viele von der Euphorie nach der Maueröffnung haben anstecken lassen, um die "vielleicht einmalige Chance" wahrzunehmen. Für diese Interpretation spricht auch, daß 91,7 % der Antragsteller ihre Übersiedlung monate- oder gar jahrelang vorbereitet hatten. Hingegen hatten nur 52,9 % derjenigen, die keinen Antrag stellten, die Übersiedlung so lange im voraus geplant, und 26 % hatten allenfalls "ein paar Tage" überlegt.

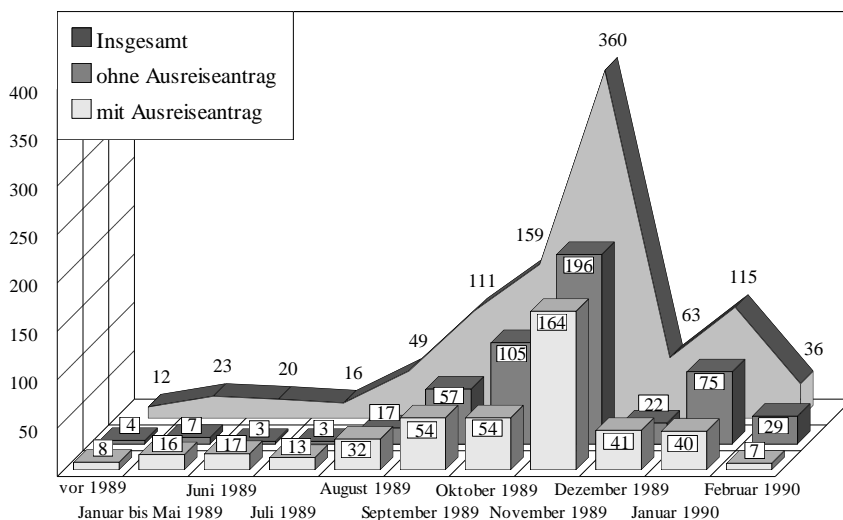


Abbildung 1 Übersiedlungen mit und ohne gestellten Ausreiseanträgen für den Zeitraum vor 1989 bis Februar 1990.

Von den knapp 450 Übersiedlern, die einen Ausreiseantrag gestellt hatten, geben 32 % ($n = 144$) an, sie seien geflohen. Dies dürfte in der Regel bedeuten, daß die Anträge abgelehnt wurden oder aber die Entscheidung der Behörden nicht abgewartet wurde. Was von den beiden Alternativen für das stürmische Jahr 1989 eher zutrifft, ist schwer zu entscheiden. Dennoch markiert diese Zahl wahrscheinlich eher das untere Ende der Bewilligungshäufigkeit von Ausreiseanträgen, da viele, deren Antrag letztlich abgelehnt wurde, das Land nicht verlassen haben dürften. Da bis heute, wie vielfach kritisiert (z. B. Ulrich, 1990), die Zahl der gestellten Ausreiseanträge im Verlauf der 40jährigen Geschichte der DDR nicht veröffentlicht wurde, ist die errechnete Ablehnungshäufigkeit amtlicherseits nicht verifizierbar. Andererseits lädt die Zahl von ungefähr 32 % Ablehnungen zu Spekulationen ein. Berücksichtigt man die beiden oben genannten Fehlermöglichkeiten, so kann man sicherlich von doppelt sovielen gestellten Ausreiseanträgen wie Übersiedlungen ausgehen. Mitter und Wolle (1990, S. 84) berichten über eine streng geheime Analyse des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), nach welcher für den Zeitraum vom 1. Januar bis 30. Juni 1989 insgesamt noch 87.535 unentschiedene Ausreiseanträge vorlagen. Vergleicht man damit die Zahl von 37.071 genehmigter Übersiedlungen im selben Zeitraum, so läßt sich das tatsächliche Ausreisepotential erahnen. Hiernach ergäbe sich ein Verhältnis von 2,4 Antragstellern zu einer Übersiedlung. Angesichts der Tatsache, daß die DDR-Behörden im Jahre 1988 die Anträge zwar spürbar schneller bearbeiteten als in den Vorjahren, die Übersiedler des ersten Halbjahres 1989 jedoch ihren Ausreiseantrag im Schnitt bereits ein bis zwei Jahre vorher gestellt hatten, erscheint ein Verhältnis von 1 : 3 zu hoch gegriffen. Aufgrund der eigenen Zahlen und den anderweitigen Statistiken kann realistischerweise davon ausgegangen werden, daß das Verhältnis von Antragstellungen zu Übersiedlungen irgendwo zwischen 1,5 : 1 und 2,5 : 1 liegt.

Zur demographischen Struktur der Stichproben von Übersiedlern und Flüchtlingen

Was sowohl die Bilder aus den Medien als auch ein Blick in die Aufnahme-lager vermuten ließen: Es sind in erster Linie die jungen Leute, die die DDR verlassen haben. 59,5 % der Übersiedler sind unter 30 Jahre alt (vgl. Tabelle 1). Auf diese Altersgruppe entfallen in der DDR 24,9 % der Wohnbevölkerung ab 18 Jahren (errechnet aus dem Statistischen Jahrbuch der DDR, 1989, S. 355). Deutlich unterrepräsentiert sind dagegen die über 40jährigen mit nur 12 %, die in der DDR-Bevölkerung mit einem Anteil von 52,8 % (bis 69 Jahre) vertreten sind. Übersiedler, die das Rentenalter erreicht haben, sind fast überhaupt nicht vertreten. Damit bewahrheitet sich auch in unserer Stichprobe der Titel des Artikels von Hilmer und Köhler (1989a) — “Der DDR läuft die Zukunft davon”. Auch setzt sich damit ein Trend fort, der bereits seit 1984 zu verzeichnen war. Seit diesem Zeitpunkt kamen vermehrt junge Leute in den Westen. Die Übersiedler der Jahre 1989/90 sind danach noch einmal deutlich jünger geworden (vgl. Grundmann, 1990, S. 1423).

Tabelle 1 verdeutlicht darüber hinaus, daß in erster Linie die jüngere Altersgruppe den häufig gefährlichen Weg der Flucht in die BRD wählte. Genau zwei Drittel der unter 30jährigen flohen gegenüber 50 %, die den langwierigen Weg wählten. Dies bestätigt übrigens auch die Studie von Hilmer und Köhler (1989a). Die Autoren nehmen an, daß die höhere Risikobereitschaft der Jüngeren mit den geringeren Chancen auf eine legale Ausreise als auch mit geringeren materiellen Verlusten zusammenhängt (persönlicher Besitz durfte nur ausgeführt werden, wenn eine offizielle Ausreisegenehmigung vorlag).

Auffällig ist auch die deutliche Dominanz der Männer bei den Übersiedlern (59,5 %), die in der DDR-Bevölkerung zu einer weiteren Erhöhung des Frauenanteils führte (1988 betrug der Frauenanteil in der DDR 53,2 %; Grundmann, 1990). Auch hier ergab sich eine deutliche Differenz zwischen Flüchtlingen und Übersiedlern. Männer wählten zu einem höheren Anteil den riskanteren Weg der Flucht (vgl. auch Hilmer & Köhler, 1989a, S. 1384).

Was in Tabelle 1 nicht dargestellt ist und dennoch bemerkenswert erscheint, ist der stetig zunehmende Männeranteil in Abhängigkeit vom Zeitpunkt der Übersiedlung. Von anfänglich 50 % in den Monaten Juni und Juli 1989 wurde im Monat Januar 1990 ein Maximum von 62,7 % erreicht, was erst im Februar auf 58,3 % zurückging (vgl. auch Meck et al., 1992, S. 13). Die von Hilmer und Köhler angesprochene höhere Risikobereitschaft der jüngeren Männer scheint also gerade dann zum Tragen gekommen zu sein, als die Widerstände für den Schritt gen Westen geringer wurden.

Tabelle 1 Soziodemographische Struktur der Untersuchungsstichprobe, Übersiedler anderer Erhebungen sowie der durchschnittlichen DDR-Bevölkerung (Anmerkung: Aufgrund der unterschiedlichen Anzahl fehlender Werte bei den demographischen Variablen unterscheiden sich die zugrundeliegenden Fallzahlen: N = 948 bis N = 980)

	Gesamt	Übersiedler	Flüchtlinge	DDR	Meck et al., 1992	Hilmer & Köhler, 1989a
Geschlecht						
männlich	59,6%	54,7%	63,0%	53,2% ¹	63,0%	71%
weiblich	40,4%	45,3%	37,0%	46,8% ¹	37,0%	29%
Alter						
18-21 Jahre	17,5%	10,8%	22,3%	7,5% ¹	16,9%	17%
22-29 Jahre	42,1%	39,5%	43,9%	17,4% ¹	36,7%	38%
30-39 Jahre	28,4%	33,7%	24,6%	19,3% ¹	27,8%	29%
40-49 Jahre	9,2%	13,5%	6,1%	16,2% ¹	12,8%	13%
50-69 Jahre	2,8%	2,5%	3,1%	27,6% ¹	5,5%	4%
Familienstand						
ledig	47,7%	33,3%	58,2%	18,4% ¹	39,7%	41%
verheiratet	38,3%	53,1%	27,6%	63,7% ¹	47,0%	49% ⁵
geschieden	13,6%	13,1%	13,9%	7,4% ¹	12,3%	
verwitwet	0,4%	0,5%	0,3%	10,6% ¹	1,0%	10%

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung von Tabelle 1)

	Gesamt	Übersiedler	Flüchtlinge	DDR	Meck et al., 1992	Hilmer & Köhler, 1989a
Schulbildung						
Polytechnische Oberschule (POS)	84,3% 799	80,7% 321	86,9% 478	60,6% ⁶	51% ³	72%
Abitur	10,6% 101	12,8% 51	9,1% 50	9,8% ⁶	9,8% ³	k.A.
Hochschule	5,1% 48	6,5% 26	4,0% 22	20,5% ⁶	24,3% ³	25%
Berufsausbildung						
ja	70,3% 669	70,7% 282	70,1% 387	87,7% ²	96,4% ⁴	
nein	29,7% 282	29,3% 117	29,9% 165	13,3% ²	3,6% ⁴	
Schule und Beruf						
POS mit Beruf	56,1% 532	53,3% 221	58,2% 320	78,3% ⁶		
Abitur mit Beruf	9,4% 89	11,1% 44	8,2% 45			
POS ohne Beruf	28,1% 267	27,4% 109	28,7% 158		k.A.	
Abitur ohne Beruf	1,3% 12	1,7% 7	0,9% 5		k.A.	
Hochschule	5,1% 48	6,5% 26	4,0% 22	21,7% ⁶		

Anmerkungen. ¹ errechnet aus dem Statistischen Jahrbuch 1989 der DDR (S. 360, 355 und 359); ² nach Angaben des Sozialreports, Bd. I (Winkler, 1990, S. 72). ³ errechnet aus den Angaben von Meck et al., 1992, S. 16 (18,6 % ohne POS-Abschluß und Grundschule); ⁴ errechnet aus den Angaben von Meck et al., 1992, S. 18.; ⁵ verheiratet und geschieden bilden eine Kategorie (Hilmer & Köhler, 1989a, S. 1384); ⁶ errechnet aus Angaben von Köhler & Schreier, 1990, S. 133).

Deutliche Unterschiede ergaben sich auch hinsichtlich der Verteilung des Familienstandes der Migranten. So betrug der Anteil der Ledigen 47,7 %, derjenige der Verheirateten 38,3 %. Daneben waren 13,6 % geschieden, und knapp ein halbes Prozent war verwitwet. Ein erneuter Vergleich mit den DDR-Statistiken verweist auf den überproportionalen Anteil an Ledigen. Nur 18,4 % der DDR-Bevölkerung von 1988 (Stand: 31.12.1988) gehören zu dieser Gruppe, wohingegen 63,7 % der Bevölkerung verheiratet sind (errechnet aus dem Statistischen Jahrbuch der DDR, 1989, S. 359). Gleichzeitig ergibt sich auch hier ein deutlicher Unterschied zwischen den Übersiedlern und den Flüchtlingen. Letztere waren zu 58,2 % ledig. Nur knapp die Hälfte (33,3 %) machte ihr Anteil unter den legal Ausgereisten aus. Umgekehrt waren die legal ausgereisten Übersiedler häufiger verheiratet (vgl. Tabelle 1). Für die Geschiedenen ergab sich kein Unterschied, wenngleich auch hier der hohe Anteil von 13,6 % im Vergleich zur DDR-Bevölkerung (7,4 %) auffällt. Nicht bestätigen konnten wir einen Befund von Meck et al. (1992), die auf einen stetigen Anstieg des Anteils der Ledigen von der Phase vor der Grenzöffnung bis zur Phase vor den Volkskammerwahlen im März 1990 hinweisen. Bei den Berliner Migranten zeigte sich eher das Gegenteil. So betrug der Anteil der Ledigen vor der Grenzöffnung 50,8 %, nach der Grenzöffnung jedoch nur noch 43,8 %.

Betrachtet man die schulische Qualifikation der Übersiedler, so verfügte die Mehrzahl (84,3 %) über einen Abschluß der Polytechnischen Oberschule (POS). Dieser niedrigste schulische Abschluß in der DDR ist vom Anforderungsprofil eher dem westdeutschen Realschul- als dem Hauptschulabschluß vergleichbar (Anweiler, 1990). Die Anteile an Abiturienten und Hochschulabsolventen sind mit 10,6 % und 5 % im Vergleich zum Bildungsniveau in der DDR (ca. 10-12 % Abiturienten, vgl. Köhler & Schreier, 1990, S. 133; 13,9 % Fachschul- und 8 % Hochschulabsolventen, vgl. Winkler, 1990, S. 72) eher geringer. Weiter ergab sich eine Tendenz zu einer geringfügig schlechteren schulischen Qualifikation der Flüchtlinge im Vergleich zu den Übersiedlern. Dies dürfte allerdings in erster Linie auf das niedrigere Durchschnittsalter der Flüchtlinge zurückzuführen sein. Die aufgeführten Qualifikationsanteile ergänzen sich zu 100 %. Es ist jedoch davon auszugehen, daß ein gewisser Prozentsatz über keinen der von uns erfragten Schulabschlüsse verfügte (eine Kategorie "POS ohne Abschluß" fehlte im Fragebogen). Insgesamt haben allerdings nur 48 Übersiedler (oder 4,6 %) die Frage nach ihrem Schulabschluß nicht beantwortet. Somit dürfte der Anteil der Übersiedler ohne Schulabschluß deutlich unter 5 % liegen. In der DDR lag der Anteil derjenigen ohne einen Schulabschluß bei ca. 6,5 % (Köhler & Schreier, 1990, S. 133). Vergleicht man diese Verteilung mit den Studien von Hilmer und Köhler (1989a) sowie mit der Repräsentativerhebung von Meck et al. (1992) für den gleichen Zeitraum, so erscheint die Berliner Migrantenstichprobe schulisch geringer qualifiziert gewesen zu sein. Hilmer und Köhler geben einen Anteil von 72 % an POS- sowie von 25 % Hochschulabschlüssen an. Meck et al. (1992, S. 16) haben das Bildungsniveau sehr viel differenzierter erfaßt. Demnach betrug der Anteil derjenigen ohne einen höheren Schulabschluß 18,6 % (Volksschule und POS ohne Abschluß), 51 % hatten einen Regelabschluß (POS), 4,8 % einen EOS-Abschluß (Die zweijährige Erweiterte Oberschule [EOS] qualifizierte zum

Hochschulstudium und fällt unter den Sammelbegriff "Abiturstufe"; vgl. Anweiler, 1990; Gewande, 1984), 17,3 % hatten eine Fachschule absolviert und 7 % verfügten über einen Hochschulabschluß. Die Abiturstufe ist bei Meck und Mitarbeitern wahrscheinlich unvollständig erfaßt worden, da die dreijährigen Abiturklassen in "Einrichtungen der Berufsausbildung" (Abitur und Facharbeiterprüfung) in den Tabellen und Diagrammen nicht aufgeführt sind. Insgesamt scheint die Berliner Migrantenstichprobe daher im unteren Bildungsbereich vergleichsweise besser (wenige ohne einen POS-Abschluß; mehr Abiturienten), im oberen Qualifikationsspektrum (akademische Bildung) jedoch schlechter qualifiziert zu sein.

Ähnlich verhält es sich mit der beruflichen Qualifikation. Insgesamt verfügen 70,3 % über eine abgeschlossene Berufsausbildung, also über eine abgeschlossene Lehre, einen Fachschul- oder Hochschulabschluß. Dieser Anteil ist in der DDR-Bevölkerung über 18 Jahren deutlich höher: 64,8 % entfallen hier auf eine abgeschlossene Lehre, 13,9 % auf einen Fachschul- und 8 % auf einen Hochschulabschluß (Köhler & Schreier, 1990, S. 133; Winkler, 1990, S. 72). Ein Blick in den unteren Teil von Tabelle 1 verrät den Grund für diesen Unterschied. So haben knapp 30 % zwar die Schule abgeschlossen (POS oder Abitur), aber noch keine abgeschlossene Berufsausbildung. Hierbei handelt es sich fast ausschließlich um die Gruppe der 18- bis 21jährigen. Wahrscheinlich hatten diese jungen Leute nach Abschluß der Schule das Ziel einer Berufsausbildung in der Bundesrepublik vor Augen. Unter Umständen waren für sie gerade die schlechten Berufsaussichten in der DDR der Hauptgrund für die Übersiedlung oder Flucht. Im Vergleich zu der querschnittlichen Großerhebung an über 6.000 Übersiedlern von Meck et al. (1992) sind die Übersiedler der Berliner Stichprobe deutlich weniger beruflich qualifiziert. Die Autoren berichten über einen Anteil von 71,6 % mit abgeschlossener Lehre, weitere 17,3 % besaßen einen Fachschulabschluß und 7 % einen Hochschulabschluß (berechnet nach den Angaben auf S. 18). Damit hatten 96 % in irgendeiner Form eine berufliche Ausbildung absolviert — deutlich mehr als in der Berliner Stichprobe.

Im Hinblick auf die sozialen Bindungen zeigt die Abbildung 2, daß annähernd ein Drittel der Übersiedler den Schritt in den Westen ganz allein wagten, wobei auch hier ein höherer Anteil auf die Flüchtlinge entfällt (vgl. Tabelle 2). Weitere 15,8 % wurden lediglich von einem Freund oder einer Freundin begleitet. Damit kamen insgesamt knapp 45 % ohne ihre Familie oder sonstige Verwandte (Flüchtlinge: 51,7 %; Übersiedler: 34,5 %). Umgekehrt betrachtet waren demnach 55 % von Familienmitgliedern begleitet worden (vgl. bestätigend Meck et al., 1992, S. 15). Abbildung 2 gibt auch hier Aufschlüsse über die Struktur der begleitenden Familienmitglieder. 13,9 % waren nur von ihrem Ehepartner begleitet, weitere 24,9 % brachten auch noch gemeinsame Kinder mit.

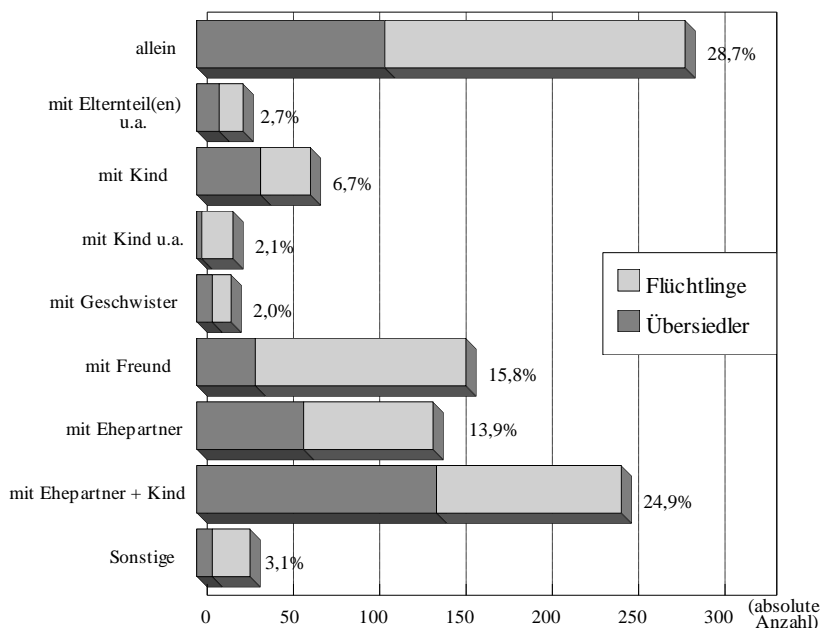


Abbildung 2 Soziale Bindungen während der Übersiedlung, getrennt für Flüchtlinge und Übersiedler.

Tabelle 2 Soziale Bindungen während der Übersiedlung, getrennt für Flüchtlinge und Übersiedler — prozentuale und absolute Verteilung (N = 987)

Begleitet von...	Gesamt		Übersiedler		Flüchtlinge	
allein	28,7%	283	26,3%	109	30,4%	174
Elternteil(en) u.a.	2,7%	27	3,1%	13	2,4%	14
Kind	6,7%	66	8,9%	37	5,1%	29
Kind u.a.	2,1%	21	0,7%	3	3,2%	18
Geschwister	2,0%	20	2,2%	9	1,9%	11
Freund	15,8%	156	8,2%	34	21,3%	122
Ehepartner	13,9%	137	14,9%	62	13,1%	75
Ehepartner u. Kind	24,9%	246	33,5%	139	18,7%	107
Sonstige	3,2%	31	2,2%	9	3,9%	22
Gesamt	100%	987	100%	415	100%	572

Aus Tabelle 2 ist auch zu entnehmen, daß Ehepartner mit Kind in der Regel den legalen Weg der Ausreise wählten und sich vergleichsweise seltener den Gefahren einer Flucht aussetzten. Eine kleine Gruppe der befragten Übersiedler (2,7 %) kam mit Vater oder Mutter und weiteren Familienmitgliedern. Sie gehören fast ausnahmslos der Gruppe der 18-21jährigen an. Letztlich fällt noch eine andere kleine Gruppe von 66 Übersiedlern (6,7 %) auf, die nur ihr Kind mitbrachten. Eine weitere Analyse erbrachte, daß ein Drittel von ihnen ihrem Ehepartner nachgereist waren. Diese Zahlen erwecken den Anschein, als wären die meisten im Familienverbund übergesiedelt. Dies ist jedoch die extreme

Ausnahme. Nur ein einziger Übersiedler unter den 1.039 Befragten kam mit Partner, Kind, Geschwistern, Vater und Mutter! In diesem Sinne handelt es sich auch bei den in Tabelle 2 wiedergegebenen Zahlen um distinkte, d. h. sich ausschließende Kategorien.

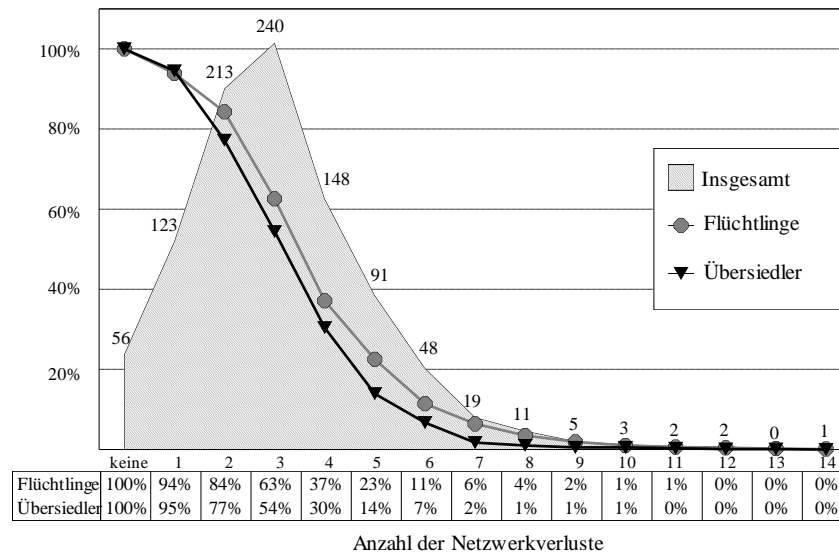


Abbildung 3 Kumulative Häufigkeitsverteilung der Netzwerkverluste von Familienmitgliedern ersten Grades, getrennt für Übersiedler und Flüchtlinge (N = 1.014)
 [Die Fläche stellt die absoluten Netzwerkverluste aller Migranten dar].

Um zu verdeutlichen, in welchem Ausmaß die Übersiedler Freunde und Familie zurückgelassen haben, wurden die Netzwerkverluste genauer analysiert. Gefragt wurde, welche und wieviele Familienmitglieder sowie Freunde, Verwandte und Arbeitskollegen noch in der DDR leben. Die in Abbildung 3 als Fläche dargestellte Verteilung zeigt die Anzahl von Familienmitgliedern ersten Grades (Mutter, Vater, Geschwister, Kinder und Ehepartner), die in der DDR zurückgelassen wurden. Die Bandbreite der Verluste reicht von keinem (56 Übersiedler) bis hin zu 14 Familienmitgliedern (1 Übersiedler) und beträgt im Mittel drei Mitglieder. Diese Zahl ist sehr hoch, wenn man sich vor Augen hält, daß gemessen an der individuellen Familiengröße im Schnitt 53,2 % in der DDR verblieben. Am häufigsten wurden die Eltern (Mutter: 76 %; Vater: 57 %) zurückgelassen, gefolgt von Geschwistern (45 %) und schließlich eigenen Kindern (20 %). Nur sehr selten blieb der Partner oder Ehepartner zurück (10 %). Übersiedler haben übrigens im statistischen Sinne bedeutsam weniger Familienmitglieder zurückgelassen als die Flüchtlinge (M = 2,8 gegenüber M = 3,3). Dies verdeutlichen auch die kumulativen Häufigkeitsverteilungen, welche in Abbildung 3 getrennt für Flüchtlinge und Übersiedler dargestellt sind. Beispielsweise haben 63 % der Flüchtlinge gegenüber nur 54 % der legal Ausreisenden drei oder mehr Angehörige zurückgelassen. Tabelle 3 zeigt ergänzend, in welchem Ausmaß Freunde (absolut: M = 4,7), befreundete Arbeits-

kollegen (absolut: $M = 3,2$) und Verwandte (absolut: $M = 6,2$) verlassen wurden. Statistisch bedeutsame Unterschiede zwischen Übersiedlern und Flüchtlingen lassen sich hier nicht feststellen. Insgesamt haben die Migranten zuzüglich der Menschen aus dem engsten Familienkreis im Mittel weitere 13,9 Freunde und Verwandte zurückgelassen (Flüchtlinge: 14,5; Übersiedler: 13,1).

Tabelle 3 Verluste von Freunden, Arbeitskollegen und Verwandten, getrennt für Übersiedler und Flüchtlinge

Netzwerkverluste	Gesamt		Übersiedler		Flüchtlinge	
Freunde						
keinen	34,9%	336	35,4%	142	34,6%	194
1-5	35,0%	337	35,9%	144	34,4%	193
6-10	15,2%	146	17,0%	68	13,9%	78
mehr als 10	14,9%	143	11,7%	47	17,1%	96
Kollegen						
keinen	54,3%	522	57,4%	230	52,1%	292
1-5	25,3%	243	26,2%	105	24,6%	138
6-10	10,0%	96	8,2%	33	11,2%	63
mehr als 10	10,5%	101	8,2%	33	12,1%	68
Verwandte						
keinen	41,4%	398	42,6%	171	40,5%	227
1-5	21,1%	203	22,4%	90	20,1%	113
6-10	15,3%	147	16,0%	64	14,8%	83
mehr als 10	22,2%	214	19,0%	76	24,6%	138

Fazit: Die ehemaligen DDR-Bürger, die den gefährlicheren Weg der Flucht in die Bundesrepublik wählten, waren häufiger Männer, deutlich jünger, in der Regel ledig und kamen wesentlich seltener mit familiärem Anhang als die legal ausreisenden Übersiedler. Wesentliche Unterschiede hinsichtlich der schulischen und beruflichen Qualifikation ließen sich hingegen nicht feststellen. Die Stichprobe der 1.039 Übersiedler erweist sich nicht nur für Berlin als repräsentativ. Hinsichtlich der soziodemographischen Angaben zum Geschlecht, zum Alter, zum Familienstand und zu den Begleitpersonen ergeben sich annähernd gleiche Verteilungen wie in den anderen beiden großen Stichproben des gleichen Erhebungszeitraums aus Rastatt und Gießen (Hilmer & Köhler, 1989a) sowie Schöppingen und Gießen (Meck et al., 1992) (vgl. dazu die Angaben in Tabelle 3). Auch Vergleiche mit den amtlichen Statistiken aus der DDR, die immerhin 75 % aller Übersiedler erfaßten, sprechen eindeutig für eine repräsentative Stichprobe (vgl. Grundmann, 1990). Abstriche sind lediglich hinsichtlich der schulischen und beruflichen Qualifikation zu machen. Hier scheint die Berliner Stichprobe unterhalb des üblichen Qualifikationsniveaus zu liegen. Insbesondere Übersiedler mit akademischer Ausbildung sind seltener vertreten.

Entscheidungsgrundlage und Motive der Übersiedlung

In der Migrationsforschung werden Schub- und Zugfaktoren als wesentliche Motivatoren einer Binnen- oder Außenwanderung angesehen. Diese Überlegungen ähneln im Aufbau einer naiven Fassung der frühen feldtheoretischen Konzeption von Kurt Lewin, in welchem das Individuum in seinem Lebensraum Annäherungs- und Vermeidungskräften ausgesetzt ist und auch danach handelt (vgl. Weiner, 1984, Kap. 4). Anders als Lewin, der grundsätzlich den Lebensraum als psychologische Realität begreift, unterlegen soziologische Migrationstheorien universelle, vom einzelnen abstrahierende Kräfte auf einer makrostrukturellen Ebene. Hier werden mehr im Sinne eines wissenschaftlichen Konsens inhaltliche Faktorgruppen unterschieden, wie beispielsweise politische, wirtschaftliche oder private Beweggründe. Gemeinsam ist psychologischen wie soziologischen Überlegungen die Annahme einer Diskrepanz zwischen einem Ist- und einem Sollzustand. Der Sollzustand entspricht hierbei einem definierten (individuellem) Ziel im Migrationsland und der Istzustand spiegelt die (subjektive) Situation am eigenen Lebensort wider. Entscheidend für die Entstehung eines Motivs ist also die Wahrnehmung einer Diskrepanz zwischen gegenwärtigem und gewünschtem Zustand.

Aus traditioneller Sicht sind es vor allem erwartete Unterschiede im Realeinkommen, die Menschen dazu veranlassen, in einen anderen Staat auszuwandern (z. B. Straubhaar, 1988). Für die Übersiedler aus der DDR wurden jedoch bis heute in erster Linie politische und weniger wirtschaftliche Motive unterstellt (z. B. Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, 1961; Gehrman, 1992a, 1992b; Hilmer & Köhler, 1989a; Meck et al., 1992; Ronge, 1985, 1992). Häufig wurde darin eine Bestätigung der Attraktivität und Überlegenheit des politischen Systems und der Institutionen der Bundesrepublik gesehen (vgl. Ulrich, 1990). Die Annahme, daß wirtschaftliche Not nicht der entscheidende Grund für den Schritt in eine ungewisse Zukunft war, erscheint plausibel. Schließlich war im Vergleich zu anderen Ostblockstaaten die wirtschaftliche Situation in der DDR stabil und der Lebensstandard hoch. Für die Entscheidung, diese relativ gesicherte Existenz in der DDR aufzugeben, ist ein ganzes Bündel politischer, ökonomischer und persönlicher Gründe ausschlaggebend. Tabelle 4 enthält getrennt für Übersiedler und Flüchtlinge die Verteilung der drei genannten Motivklassen der Migration.

Da Mehrfachantworten möglich waren, enthält Tabelle 4 auch Motivkombinationen. Insgesamt gaben 73,2 % politische, 55,6 % wirtschaftliche und 48,8 % persönliche Gründe für die Übersiedlung an. Unter Beachtung der Mehrfachantworten gaben 21,4 % der Befragten ausschließlich politische, 6 % ausschließlich wirtschaftliche und 13,9 % ausschließlich private Gründe an. Das primäre Ausreisemotiv resultiert also — wie vermutet — aus den politischen Bedingungen in der DDR, die tief in die persönliche Freiheit des Einzelnen eingriffen.

Tabelle 4 Motive der Migration, getrennt für Übersiedler und Flüchtlinge (N = 980)

Übersiedlungsmotive	Gesamt		Übersiedler		Flüchtlinge	
politisch	21,4%	210	20,4%	84	22,2%	126
wirtschaftlich	6,0%	59	4,9%	20	6,9%	39
privat	13,9%	136	18,7%	77	10,4%	59
politisch u. wirtschaftlich	23,8%	233	18,7%	77	27,5%	156
politisch u. privat	18,9%	185	17,7%	73	19,7%	112
wirtschaftlich u. privat	9,1%	89	11,4%	47	7,4%	42
politisch, wirtschaftlich u. privat	6,9%	68	8,2%	34	6,0%	34
Gesamt	100%	980	100%	412	100%	568
Summe: politisch	73,2%	717	68,2%	281	76,8%	436
Summe: wirtschaftlich	55,6%	545	49,5%	204	60,0%	341
Summe: privat	48,8%	478	56,1%	231	43,5%	247

Dies gilt für die Flüchtlinge in noch ausgeprägterem Maß als für die legalen Übersiedler. Daß 19 % der befragten Übersiedler gleich alle drei Motive angaben, verweist auf die enge Verwobenheit der sozioökonomischen Bedingungen in der DDR mit den Möglichkeiten der persönlichen Lebensgestaltung. Politisch motiviert meint im engeren Sinne, sich nicht länger der Macht und Willkür der SED-Führung und deren dichtem Netz aus Kontroll-, Bespitzelungs- und Erziehungsmaßnahmen aussetzen zu wollen. Meck et al. (1992) sprechen vom "Diktat des Alltags" und meinen damit die allgegenwärtigen restriktiven Reglementierungen der täglichen Realität des Lebens. Natürlich zählen hierzu die bekannten Beschränkungen der Meinungs- und Reisefreiheit, der politischen, kulturellen und privaten Entfaltungsmöglichkeiten und auch aufgezwungene gesellschaftspolitische Betätigungen wie Mitgliedschaft in diversen Organisationen und Teilnahme an Versammlungen und Aufmärschen. Auch darf man die Bedeutung sämtlicher innenpolitischer Ereignisse und Krisen in der DDR sowie die politisch bedingten ökonomischen Unsicherheiten (z. B. Währungsdiskussionen) nicht außer acht lassen. Aus psychologischer Perspektive könnte man politische Motiviertheit auch ganz allgemein auf ein unausgewogenes Verhältnis wechselseitiger Anpassung von Individuum und Gemeinschaft zurückführen. So hat es der Staatssozialismus notwendig gemacht, daß sich der Einzelne dem System anpaßt. Nicht vorgesehen war allerdings, daß der Einzelne auch umgekehrt Möglichkeiten hat, die Gemeinschaft seinen Vorstellungen anzupassen, oder weniger dramatisch formuliert, seiner Leistungsbereitschaft und Kreativität Eingang in den (persönlichen) Lebensraum zu verschaffen. Letzteres war nur systemimmanent, also nur innerhalb des vorgegebenen politischen Rahmens möglich. Versuche, Verände-

rungen an den Regeln des Systems selbst vorzunehmen, wurden jedoch recht rigoros verfolgt (vgl. Henrich, 1990). So war mutmaßlich die Erfahrung politischer Ungerechtigkeit allgegenwärtig, auch wenn nicht alle davon unmittelbar persönlich betroffen waren. Die politisch motivierten Übersiedler haben (zumindest stellvertretend) die Diskrepanz zwischen den Anforderungen der Gesellschaft und ihren eigenen Möglichkeiten und Wünschen wohl sehr deutlich gespürt. Um im täglichen Leben bestehen zu können, hat diese Diskrepanz quasi zwei widersprüchliche Identitäten notwendig gemacht, eine gesellschaftlich-öffentliche und eine individuell-private. Überspitzt könnte man von einem Doppelleben sprechen, das durch Emotionen wie Angst, Furcht und Hoffnungslosigkeit und einem Verlust an sozialer Einbettung gekennzeichnet ist (vgl. auch Voigt, Belitz-Demiriz & Meck, 1990).

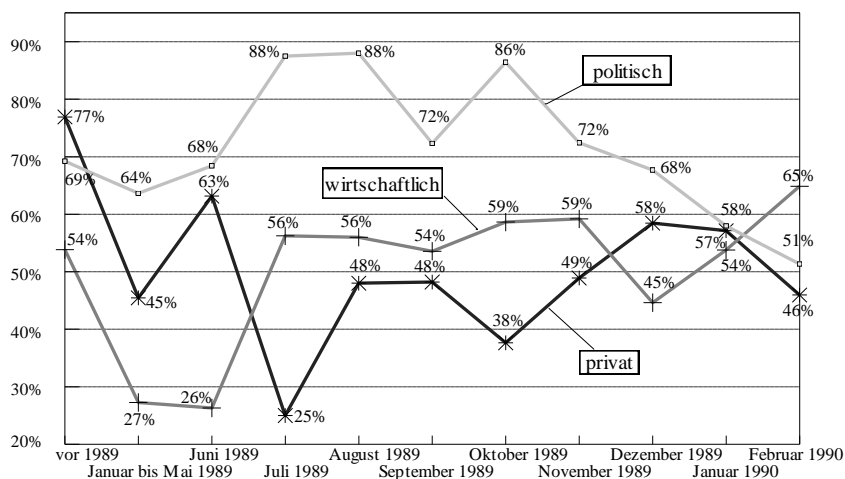


Abbildung 4 Flucht- und Ausreisemotive im Zeitverlauf.

Betrachtet man Abbildung 4, so wird deutlich, daß sich im Verlauf des Jahres 1989 die Motive für die Migration veränderten. Stiegen von Januar bis Juli 1989 die Prozentanteile der "politisch Motivierten" von 63 % auf 87 % an, um bis zum Zeitpunkt der Maueröffnung in etwa auf diesem Niveau zu bleiben, fielen sie bis Februar 1990 deutlich bis auf 51 % ab. Diese Entwicklung deckt sich mit den Befunden von Meck et al. (1992), die sowohl für die Kategorie "Reisefreiheit" als auch für die Kategorie "persönliche, politische Meinungsfreiheit" einen ähnlichen Abwärtstrend beobachteten. Dieser Verlauf ist durchaus nicht überraschend, da sich mit Öffnung der Mauer und den anstehenden Volkskammerwahlen im März 1990 die politische Situation in der DDR drastisch entspannte. Dennoch ist festzuhalten, daß nach wie vor die Mehrzahl der Übersiedler Zweifel an der Veränderung der bestehenden Verhältnisse in der DDR gehabt haben, zumal sich — zumindest zu Beginn — die Reformen auf Um- und Versetzungen alter Kader beschränkten. Für die zweitwichtigste Motivklasse "wirtschaftliche Gründe" ist hingegen ein kontinuierlicher Anstieg von anfänglich 27 % im Januar 1989 auf 65 % im Februar 1990 zu beobachten. Lediglich im Dezember 1989 wird dieser Trend durch einen merklich geringe-

ren Anteil unterbrochen. Weitere Analysen erbrachten leider keinen Aufschluß über die Ursachen für die geringere Nennungshäufigkeit im Dezember. Unterstellt man einen Stichprobenfehler, so deckt sich auch dieser Trend mit den Zahlen von Meck et al. (1992, S. 27f) für die Kategorien "niedriger Lebensstandard" und "schlechte Arbeitsbedingungen". Im letzten Erhebungsmonat dominiert erstmalig das wirtschaftliche Motiv.

Die Indikatoren der ökonomischen Motive sind vielfältig, jedoch alle Ausdruck eines geringen Lebensstandards und Folge einer nicht hinreichenden Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft. Voigt, Voß und Meck (1987, S. 212) nennen unter anderem "Einkommen; Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen, Freizeit; die Versorgung mit Konsumgütern, die Preise dieser Güter und deren Qualität; die Verfügbarkeit von Dienstleistungen; die Bereitstellung der sogenannten Kollektivgüter, Altersversorgung, Gesundheitswesen, staatliche Verwaltung, Bildung; das Wohnungsangebot, die Mietkosten, die Baupreise und schließlich Umweltbelastungen, Reisemöglichkeiten, Freizügigkeit, Freiheit". Betrachtet man diese Liste aus "westlicher" Perspektive, so könnte man fragen, warum denn nicht 100 Prozent — zumindest unter anderem — wirtschaftliche Motive angegeben haben. Nach einer Untersuchung von Brenske (1992) beispielsweise waren weit über 80 % aller Übersiedler, die im Bauwesen tätig waren, mit ihrer Entlohnung unzufrieden. Daß es in der Berliner Stichprobe insgesamt "nur" 55,6 % waren, die wirtschaftliche Gründe angaben, ist sicherlich kein Erwartungseffekt bei der Befragung, sondern vielmehr Ausdruck von realistischen Befürchtungen im Hinblick auf den bundesdeutschen Arbeitsmarkt. Hilmer und Köhler (1989a) ermittelten, daß zwar 92 % der Übersiedler einen höheren Lebensstandard als in der DDR erwarteten, aber auch gleichzeitig mit Schwierigkeiten bei der Arbeitsplatzfindung (26 %), mit beruflicher Verschlechterung (26 %) und mit der Notwendigkeit einer beruflichen Fortbildung (72 %) rechneten. Mit anderen Worten: Auch wenn die wirtschaftliche Situation in der DDR gemessen an Verhältnissen in der BRD schlecht war, so befürchteten viele, sich auch in der Bundesrepublik mit ökonomischen Schwierigkeiten auseinandersetzen zu müssen.

Die genaue Analyse des ökonomischen Motivs gestaltet sich schwierig, müßte man doch auf Unterschiede im Lebensniveau, in der Lebensqualität einzelner sozialer Gruppen und Schichten eingehen. Für viele der überwiegend jungen Übersiedler war der Wechsel in die Bundesrepublik sicherlich eine Chance für eine erhebliche Verbesserung des materiellen Lebensniveaus. Nicht vergessen sollte man in diesem Zusammenhang auch die staatliche Unterstützung, die DDR-Übersiedlern in der Bundesrepublik gewährt wurde. Das Maßnahmenpaket auf der Grundlage des Lastenausgleichsgesetzes, des Bundesentschädigungsgesetzes und des Flüchtlingshilfegesetzes umfaßt annähernd alle Lebensbereiche (vgl. Evangelischer Pressedienst, 1989; Haberland, 1991). Diese Unterstützungsleistung dürfte die ökonomische Motivation zumindest für einige Übersiedler verstärkt haben. Ein Blick in Tabelle 4 verweist jedoch auch darauf, daß wirtschaftliche Gründe als alleiniges Motiv der Migration eher die Ausnahme bildeten. Wirtschaftliche Unzufriedenheit war vielmehr häufig ein Bestandteil komplexerer Motivkonstellation (insbesondere die Kombination politischer und wirtschaftlicher Gründe). Dieses Ergebnis entspricht damit den

Befunden von Schumann, Kaspras, Gehrman und Dietz (1990), die für die Übersiedler der Jahre 1983 bis 1986 zu vergleichbaren Befunden kamen (vgl. auch Gehrman, 1992a, 1992b). Gleichzeitig widerspricht unsere Befundlage der Vermutung der Autoren einer in weiten Teilen ökonomisch motivierten Übersiedlungsbewegung der Jahre 1989 und 1990.

Im Entwicklungsverlauf der persönlichen Motivation der Übersiedlung ist kein einheitlicher Trend erkennbar (vgl. Abbildung 4). Nur unter den wenigen von uns befragten Übersiedlern, die vor 1989 in die BRD einreisten, waren private Gründe das primäre Ausreisemotiv. In der Regel verbergen sich hinter den privaten Gründen verwandtschaftliche Beziehungen oder Familienzusammenführungen sowie Heirat, "westliche" Freunde und Bekannte, in selteneren Fällen Flucht vor Strafverfolgungen oder persönliche Probleme, die man hoffte, durch einen "Neuanfang" in der BRD lösen zu können. Insgesamt läßt die Zahl von 48,8 % privat motivierter Übersiedlungen erkennen, wie weit ökonomische und politische Probleme zu persönlichen wurden, wie beispielsweise die in Gesprächen häufig genannten "fehlenden oder ungünstigen Zukunftsaussichten" verdeutlichen. Die Frage nach der persönlichen Motivation wurde wohl auch im Sinne einer individuellen Betroffenheit durch die ökonomischen, politischen und sozialen Rahmenbedingungen interpretiert. Anders ist die vergleichsweise häufige Nennung privater Übersiedlungsgründe wohl nicht zu erklären. Dennoch bestätigt auch unsere Analyse die untergeordnete Rolle ausschließlich privater Motive. Trotz des relativ hohen Anteils privater Übersiedlungsgründe, treten sie doch im Vergleich zu den politischen und ökonomischen Motiven in den Hintergrund.

Tabelle 5 faßt die Ergebnisse aus verschiedenen Untersuchungen zu den Übersiedlungs- und Fluchtmotiven der Jahre 1961 bis 1990 zusammen. Direkt vergleichbar sind allerdings lediglich die absoluten Häufigkeiten der Studien von Ronge (1985) (Spalte 3) und Hilmer und Köhler (1989a) (Spalte 5), welche wiederum am ehesten mit unseren Ergebnissen vergleichbar sind. Leider läßt sich daher nur sehr wenig über zeitliche Veränderungen der Motivstruktur aussagen. Dennoch erscheint ein Vergleich, der sich auf die relativen Proportionen der Motive innerhalb einer Studie stützt, möglich.

Läßt man insbesondere die frühe Studie von 1961 aufgrund ihrer methodischen Problematik außer acht, so ist folgendes Resumé zu ziehen: An der Rangfolge der Ausreisemotive hat sich seit 1961 nichts geändert. Politische Motive wurden stets am häufigsten genannt, gefolgt von ökonomischen und privaten. In der Regel war nicht ein einzelnes Motiv ausschlaggebend für die Übersiedlung, sondern mehr oder weniger komplexe Motivkombinationen. Sowohl die politischen Motive als auch die vielfältig genannten privaten Ausreisegründe scheinen sich im Laufe der Zeit wenig verändert zu haben.

Tabelle 5 Übersiedlungs- und Fluchtmotive der Jahre 1961 bis 1990: Ergebnisse von fünf Untersuchungen im Überblick

Untersuchungszeiträume	1961 ¹	1984 ²	1983-1986 ³	August 1989 ⁴	10. Oktober 1989 bis 14. März 1990 ⁵	Nov. 1989 bis Feb. 1990 (diese Studie)
politische Motive fehlende Meinungsfreiheit	ca. 54,1%⁶ 11,7%	ca. 71%⁷ 71%	ca. 54%⁷ 54%	ca. 74%⁷ 74%	ca. 93%⁷ 88%	73,2%
politischer Druck	29%	66%	- ⁸	65%	(“persönliche Unfreiheit” 92,8% (“pol. Bedingungen”)	
beschränkte Reisemöglichkeiten	-	56%	25%	74%	-	
Diskriminierung	-	-	15%	-	-	
Opposition	-	-	6%	-	-	
sonst. pol. Gründe	13,4%	-	5%	-	-	
ökonomische Motive schlechte Versorgungslage	20,2% -	ca. 46%⁷ 46%	23% -	ca. 69%⁷ 56%	ca. 85,2%⁷ 85,2%	55,6%
fehlende oder ungünstige Zukunftsaussichten	-	45%	-	69%	(“Lebensstandard” -	
ungünstige berufliche Entwicklungsmöglichkeiten	-	21%	9% (“berufl. Entwicklungsmöglichkeiten”)	26%	64,0% (“schlechte Arbeitsbedingungen”)	

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung Tabelle 5)

Untersuchungszeiträume	1961 ¹	1984 ²	1983-1986 ³	August 1989 ⁴	10. Oktober 1989 bis 14. März 1990 ⁵	Nov. 1989 bis Feb. 1990 (diese Studie)
private Motive verwandtschaftliche Beziehungen, "Familienzusammenführungen" "einen neuen Anfang machen" "sein Leben nach eigenen Vorstellungen gestalten"	19,9% -	ca. 36%⁷ 36% 28%	ca. 19%⁷ 19% - 11% ("Kreativitätschancen")	ca. 28%⁹ 28% - 72%	ca. 64,5%⁷ 64,5% ("Freunde, Verwandte im Westen") - -	48,8%
Heirat	-	-	10%	-	-	-
Mitgereist	-	-	3%	-	-	-
Kindern bessere Zukunft bieten	-	-	6%	-	-	-
sonst. priv. Gründe	5,8%	-	10%	-	-	-

Anmerkungen: ¹ Ausreisemotive von 2.810 Übersiedlern vom Juli 1961 (aus: Ulrich, 1990, S. 14); in der Untersuchung des Bundesministeriums für Gesamtdiutsche Fragen (1961) wurde nur nach dem wichtigsten Ausreisegrund gefragt, d. h. Mehrfachantworten waren nicht vorgesehen. ² Ausreisemotive von ca. 500 Übersiedlern der Monate April bis Mai 1984 (aus: Ronge, 1985, S. 18). ³ Motive von 899 Zuwanderern der Jahre 1983 bis 1986 (aus: Schumann, et al., 1990, S. 716). ⁴ Ausreisemotive von 537 Befragten (29. August bis 11. September 1989; aus: Hilmer & Köhler, 1989a, S. 1385). ⁵ Übersiedlungsmotive von 4.695 Befragten des Zeitraums 10.10.1989 bis 13.4.1990 (berechnet nach: Meek et al., 1992, S. 29); die Untersuchung enthält auch Daten getrennt für vier Untersuchungszeiträume (S. 27). ⁶ Aufgrund des abschließenden Antwortformats wurde hier die Summe der genannten Motive bestimmt. ⁷ Zur Schätzung wurde jeweils der höchste Wert der Kategorie herangezogen, da hier Mehrfachantworten möglich waren (die aufgeführten Werte sind daher in jedem Fall konservativ). ⁸ Nicht erhoben. ⁹ Bei der Ermittlung dieses geschätzten Wertes für "private Motive" wurde die Kategorie "sein Leben nach eigenen Vorstellungen gestalten" nicht berücksichtigt, da eine eindeutige Zuordnung nicht möglich erscheint.

Bildet man zwischen den drei Motivklassen Verhältnisquotienten (z. B. politische Motive zur Summe der verbleibenden Motive) und das innerhalb jeder Studie, so läßt sich für die ökonomischen Gründe ein deutlicher Aufwärtstrend in den Jahren 1989 und 1990 erkennen, allerdings ohne daß die anderen Motive an Bedeutung verlieren. Die sich zum Ende des Bestehens der DDR rapide verschlechternde wirtschaftliche Lage, welche nicht zuletzt durch die Übersiedler selbst bedingt war (Gehrmann, 1992a), kam also ergänzend zu den in der Regel seit Jahren bestehenden sonstigen Motiven hinzu.

Bereits die weiter oben vorgestellten Befunde zum zeitlichen Verlauf der Übersiedlungsmotive haben Zweifel an der These aufkommen lassen, daß die Übersiedler der "Wendezeit" in erster Linie als Wirtschaftsflüchtlinge zu bezeichnen sind (vgl. Meck et al., 1992, S. 29f). Obwohl sich hier ein Trend zunehmend ökonomisch motivierter Übersiedlungen erkennen ließ, verweisen ergänzend durchgeführte Zusammenhangsanalysen zur Geschlechtszugehörigkeit sowie zum Alter auf die Notwendigkeit einer differenzierten Betrachtung (vgl. Abbildung 5).

Die größte Bedeutung kommt dem wirtschaftlichen Motiv in den drei jüngsten Altersgruppen zu. Bei Übersiedlern über 40 Jahren ist es jedoch von untergeordneter Wichtigkeit. Ähnliches gilt für politische Motive, welche zunächst mit ansteigendem Lebensalter an Bedeutung gewinnen. In der mittleren Altersgruppe der 30-39 jährigen sind sie dominant, verlieren dann aber in den älteren Gruppen wieder zunehmend an Gewicht. Private Gründe für die Übersiedlung überwiegen lediglich in der ältesten Gruppe die anderen genannten Ausreisemotive. Betrachtet man zusätzlich noch die Geschlechter, so waren die politischen Motive für die Männer ausschlaggebender als für die Frauen, bei denen die privaten Gründe dominierten. Hinsichtlich des ökonomischen Motivs wurden entgegen den Erwartungen keine Geschlechtsunterschiede deutlich. Mit anderen Worten: Auch bei getrennter Betrachtung des Geschlechts und verschiedener Altersgruppen erweist sich das politische Motiv als entscheidender Ausreisefaktor. Die wirtschaftlichen Gründe gewinnen im zeitlichen Verlauf im Sinne eines Additivs zunehmend und gerade für die jüngeren Übersiedler an Bedeutung. Von Wirtschaftsflüchtlingen im klassischen Verständnis (Straubhaar, 1988) kann wohl dennoch nicht gesprochen werden.

Zur Lebenssituation direkt nach der Übersiedlung: Wohnung, Arbeit und Freunde

Die Wohnsituation

Zum Zeitpunkt der Erstbefragung in den Übersiedlerheimen gaben nur 2,8 % der Befragten an, bereits eine eigene Wohnung in Aussicht zu haben, obwohl ein Viertel der Stichprobe seit mindestens zwei Monaten in den Heimen wohnte. Weitere 10 % wollten die Möglichkeit nutzen, bei Freunden oder Verwandten vorläufig unterzukommen. Während der zahlreichen persönlichen Gespräche im Rahmen des Erstinterviews wurde sehr häufig der Wunsch geäußert, möglichst schnell in eine eigene Wohnung ziehen zu können. Dieser Wunsch wurde sicherlich durch die Art der Unterbringung sowie das allge-

meine Klima in den Heimen verstärkt. So waren 47 % zusammen mit Fremden auf teilweise engstem Raum untergebracht. 25 % mußten den Raum mit mindestens vier weiteren Personen zu teilen. 12 % verbrachten ihre ersten Wochen nach der Übersiedlung in provisorisch umgewandelten Turn-, Fest- oder Messehallen zusammen mit mindestens 30 anderen Personen. Hier trennten lediglich Stellwände die Etagen- oder Feldbetten. Gerade in den Unterkünften mit größerer Kapazität war das Klima häufig sehr angespannt und konfliktträchtig. Auseinandersetzungen mit der Heimleitung, anderen Übersiedlern oder Aussiedlern, die zum Teil ebenfalls in den Heimen untergebracht wurden, waren wohl eher die Regel als die Ausnahme (vgl. auch die Schilderungen von Sozialarbeitern in: Fähndrich, Lindenfelser & Weissgärber, 1990). Nur ganze 4,6 % (44 Übersiedler) waren daher der Meinung, daß sich ihre Wohnsituation im Vergleich zur bisherigen in der DDR verbessert habe. 87,3 % nahmen eher eine Verschlechterung ihrer Wohnverhältnisse wahr. Die jüngeren Übersiedler erwiesen sich in ihrer Beurteilung übrigens als deutlich weniger anspruchsvoll.

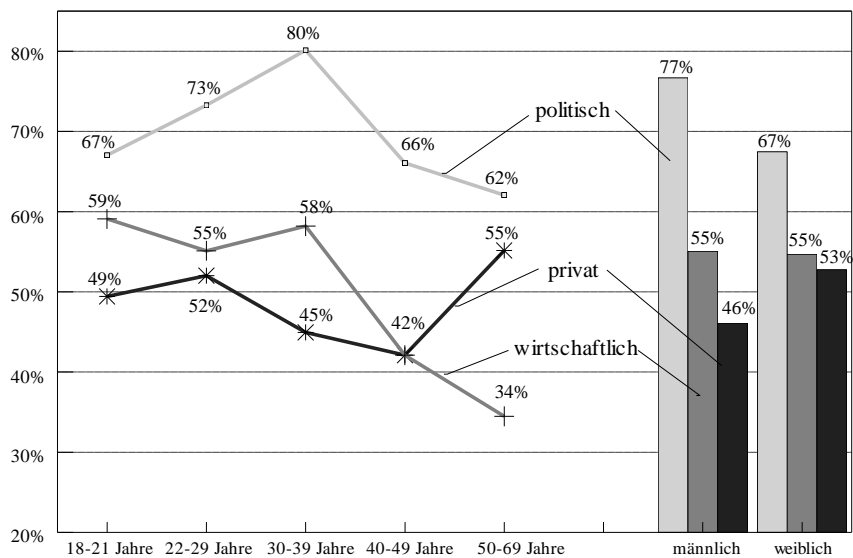


Abbildung 5 Flucht- und Übersiedlungsgründe in Abhängigkeit vom Geschlecht und Alter.

Betrachtet man die Erwartungen an den Erfolg bei der Wohnungssuche, so war die Mehrheit (69,3 %) optimistisch, innerhalb der nächsten sechs Monate eine Wohnung beziehen zu können. Immerhin 22,5 % rechneten mit Wartezeiten bis zu einem Jahr, nur wenige dagegen mit bis zu zwei (7,3 %) oder gar drei Jahren (1 %). Diese Erwartungen hängen von einer Reihe von Faktoren ab. So sind Frauen im Mittel pessimistischer als Männer, jüngere Migranten optimistischer als ältere, Flüchtlinge wiederum pessimistischer als legal Ausrei-

sende, und Übersiedler, die entweder allein kamen oder nur von ihrem Ehepartner oder Freund begleitet wurden, deutlich optimistischer als Übersiedler mit familiärem Anhang. Besonders deutlich sind Unterschiede in der Erwartungshaltung in Abhängigkeit von der Aufenthaltsdauer in Berlin seit der Übersiedlung. Diejenigen, die vor weniger als einem Monat übergesiedelt sind, glauben, im Mittel nach 5,9 Monaten eine Wohnung gefunden zu haben. Nach nur einem Monat Aufenthalt ist die Einschätzung mit durchschnittlich 8,5 Monaten deutlich pessimistischer geworden und reflektiert damit wahrscheinlich die Erfahrungen auf dem sehr angespannten Berliner Wohnungsmarkt. Nachfolgend wird mit zunehmender Aufenthaltsdauer die Einschätzung der Dauer der Wohnungssuche kürzer. Dennoch, selbst Übersiedler, die 7 bis 8 Monate nach der Übersiedlung noch keine Wohnung gefunden haben, rechnen im Schnitt noch mit einer Wartezeit von fünfeinhalb Monaten.

Die Wiederaufnahme der Berufstätigkeit

Wesentlich günstiger als die Wohnsituation stellt sich bereits nach wenigen Monaten die Erwerbssituation der Übersiedler dar. So waren nach einer durchschnittlichen Anwesenheit von zwei Monaten in Berlin 26 % oder 244 aller befragten Übersiedler bei der Arbeitssuche erfolgreich. Abbildung 6 verdeutlicht aufgrund der querschnittlichen Daten des ersten Meßzeitpunktes, daß mit zunehmender Aufenthaltsdauer in Berlin der Anteil der Erwerbstätigen zunächst stetig zunimmt.

Bereits 22 % der Übersiedler, die erst vor einem Monat übergesiedelt sind, haben einen Arbeitsplatz gefunden. Am häufigsten gehen Übersiedler einer Erwerbstätigkeit nach, die sich seit fünf Monaten in Berlin befinden (63 %). Deutlich geringer ist der Anteil der Erwerbstätigen bei einer Aufenthaltsdauer von sechs oder mehr als sechs Monaten. Hier deutet sich also nach fünf Monaten ein Trend an, der auf Schwierigkeiten bei der Arbeitsplatzsuche hinweist. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Mindestens drei große Bereiche lassen sich unterscheiden: (a) eine mangelhafte oder nicht abgeschlossene Berufsausbildung, (b) hohe Erwerbslosenzahlen aufgrund der angespannten wirtschaftlichen Lage Berlins (unterschiedliche, im allgemeinen geringe, Nachfrage in den einzelnen Wirtschaftssektoren) und (c) ein ungünstiges Passungsverhältnis zwischen der erworbenen Qualifikation der Übersiedler und den Erfordernissen des westdeutschen Arbeitsmarktes (vgl. Kieselbach & Voigt, 1992). Für einige Gründe lassen sich trotz der relativ kurzen durchschnittlichen Aufenthaltsdauer in Berlin zum Zeitpunkt der Erstbefragung Hinweise finden. In Abbildung 7 sind mit Hilfe verschiedener Diagramme Zusammenhänge zwischen der Erwerbstätigkeit und den Variablen Geschlecht, Alter, Familienstand, Berufs- und Schulausbildung sowie Ausreiseart dargestellt.

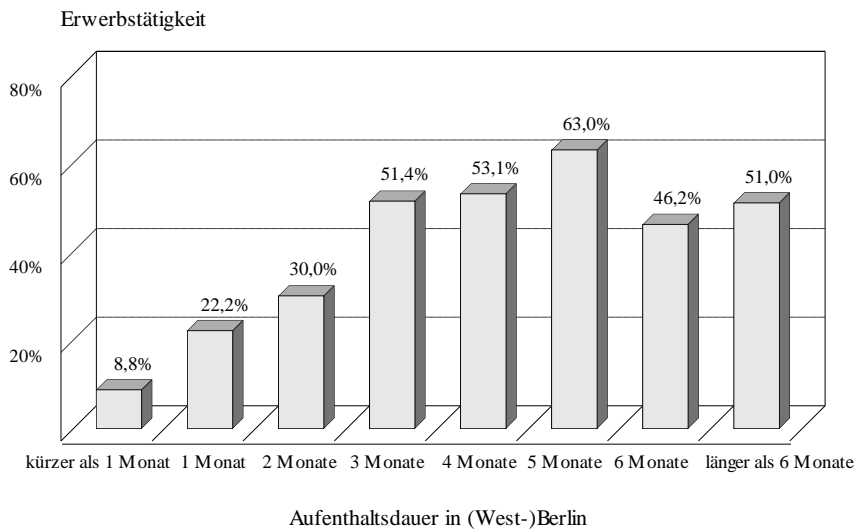


Abbildung 6 Zahl der Erwerbstätigen in Abhängigkeit von der Aufenthaltsdauer in Berlin seit der Übersiedlung.

Zunächst fällt der doppelt so hohe Anteil an erwerbstätigen Männern (33,6 %) gegenüber erwerbstätigen Frauen (14,7 %) auf. Damit deutet sich sehr früh an, was Ronge (1989) aufgrund seiner Analyse im Auftrag des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen im Dezember 1989 befürchtete, nämlich, daß die "Erwerbsbeteiligung weiblicher — im Vergleich zu männlichen — Übersiedlern, insgesamt gesehen, (a) zeitlich später, (b) eher mit Abstrichen hinsichtlich der — aufgrund vorheriger Laufbahn in der DDR — erwarteten beruflichen Position, also 'unterqualifiziert', oder gar berufsfremd erfolgt" (S. 34). Für die Schwierigkeiten der beruflichen Re-Integration der Übersiedlerinnen läßt sich eine Reihe von Gründen nennen (vgl. auch Schumann et al., 1990, S. 722ff). So scheinen die beruflichen Chancen weiblicher Übersiedler vor allem deshalb schlechter zu sein, weil sie eher aus Dienstleistungsberufen kommen, für die es häufig im westdeutschen Dienstleistungs- und Verwaltungsbereich kein Äquivalent gibt. Umschulungen sind also unumgänglich. Gleichzeitig drängen viele einheimische Arbeitskräfte auf den Dienstleistungssektor aufgrund seiner Attraktivität. Auch wenn dieser Arbeitsbereich in der BRD stetig wächst, so besteht doch eine erhebliche Konkurrenz, insbesondere wenn es sich um begehrte Teilzeitarbeitsplätze handelt. Bereits in der DDR waren etwa 30 % der erwerbstätigen Frauen teilzeitbeschäftigt (Statistisches Jahrbuch der DDR, 1989). Unter den erwerbstätigen Übersiedlerinnen finden sich ebenfalls häufiger Teilzeitbeschäftigte. Dies ist auch an den durchschnittlichen Wochenarbeitszeiten abzulesen, die für die Frauen mit 35,4 Stunden und für die Männer mit 39,1 Stunden angegeben wurden. Die Nachfrage von Fachkräften aus industriellen, handwerklichen oder technischen Bereichen ist hingegen ungebrochen groß. Damit absorbiert der bundesdeutsche Arbeitsmarkt vorzugsweise die entsprechend gut qualifizierten

männlichen Übersiedler. Ein weiterer wichtiger Grund für den hohen Anteil erwerbsloser Übersiedlerinnen liegt sicherlich in der wesentlich geringeren Dichte an Versorgungseinrichtungen für Kinder. Etwa 31 % der Untersuchungsteilnehmer brachten ihre Kinder mit (vgl. Abbildung 2). Möglicherweise haben gerade die Frauen mit Kindern ihre eigenen beruflichen Pläne gegenüber ihren Ehepartnern zurückgestellt. Erleichternd kam wahrscheinlich hinzu, daß die ehemals erwerbstätigen Frauen zumindest für ein Jahr Arbeitslosengeldansprüche geltend machen konnten. Diese Umstände lassen vermuten, daß es häufig die Frauen und Mütter waren, die sich um die vielfältigen Probleme, die im Zusammenhang mit der Übersiedlung angefallen sind, gekümmert haben. Dazu zählen Behördenkontakte genauso wie die psychosoziale Verarbeitung der Übersiedlung und ihre Folgen in der Familie (vgl. Ronge, 1989).

Abbildung 7 zeigt, daß die Beschäftigungsquoten weitgehend altersunabhängig sind. Lediglich Übersiedler mit einem Alter über 50 Jahren gehen verhältnismäßig seltener einer Arbeit nach. Allerdings bleibt unklar, wieviele von den Erwerbslosen dieser Altersgruppe überhaupt beabsichtigen, noch einmal eine Tätigkeit aufzunehmen. Dennoch wird es diese Altersgruppe besonders schwer haben, auf dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Besonders interessant ist der Befund, daß Übersiedler mit oder ohne Berufsausbildung annähernd gleich häufig erwerbstätig sind, mit leichten Vorteilen für diejenigen mit einem qualifizierten Berufsabschluß. Dies mag damit zusammenhängen, daß die qualifizierten Arbeitskräfte länger nach einer angemessenen Tätigkeit suchen, wohingegen diejenigen ohne Ausbildung schneller zugegriffen und wohl auch eher unterfordernde Tätigkeiten annehmen (vgl. Schumann, Dietz, Gehrman & Kaspras, 1990, S. 262). Dafür spricht auch die Beurteilung des neuen Arbeitsplatzes. So meinen 49,1 % der beruflich qualifizierten Übersiedler, daß sich ihre Arbeitssituation gegenüber der vormaligen in der DDR verbessert hat. Diese Meinung teilen ihre Kollegen ohne Berufsausbildung deutlich seltener. Erwähnenswert ist auch die sehr geringe Beschäftigungsquote der Akademiker in der Stichprobe (11,6 %). Dieser zunächst überraschende Befund ist jedoch leicht zu erklären. So sind erstens Bewerbungs- und Einstellungsverfahren in der Regel viel langwieriger und setzen zweitens die Anerkennung des Hochschulabschlusses voraus. Gerade letzteres ist jedoch mit erheblichem zeitlichen Aufwand verbunden und nicht immer von Erfolg gekrönt. Die Studie von Hummel (1990) etwa belegt, daß im Falle eines wirtschaftswissenschaftlichen Hochschulabschlusses lediglich einzelne vergleichbare Studienleistungen anerkannt werden. In der Regel verlangen deutsche Universitäten neuerliche staatliche Prüfungen. Allgemeine Schulabschlüsse, Facharbeiter- und Meisterprüfungen werden hingegen nach dem Grundsatz der Gleichwertigkeit mit in der Bundesrepublik erworbenen Befähigungsnachweisen anerkannt (Gewande, 1984).

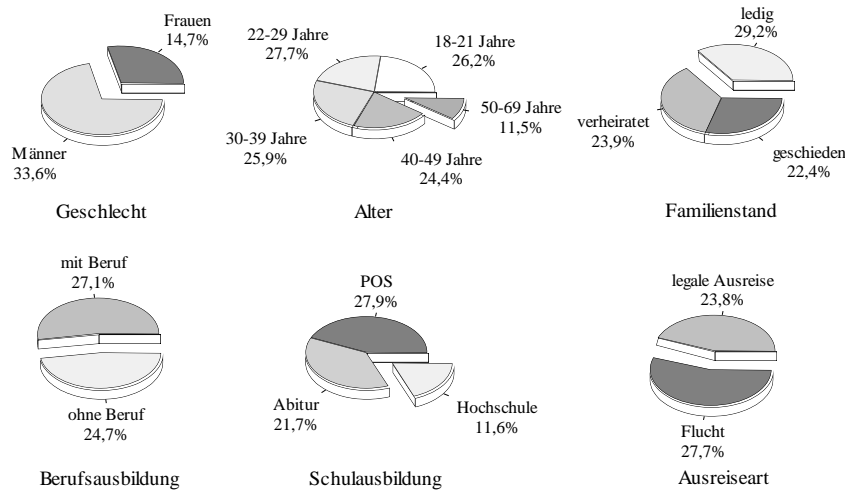


Abbildung 7 Beschäftigungsquoten. [Anmerkung: Die Kreisdiagramme ergänzen sich nicht zu 100 %, da die Beschäftigungsquoten innerhalb der Kategorien einer Variable berechnet wurden.]

Insgesamt wird der neue Arbeitsplatz sehr positiv beurteilt. 48 % sind der Auffassung, daß sich die Verhältnisse deutlich verbessert haben. Weitere 32 % beurteilen die neue Arbeitsumgebung zumindest als nicht schlechter als ihr letztes Arbeitsverhältnis in der DDR. Allerdings sind immerhin 20 % der Meinung, ihre persönliche Arbeitssituation habe sich im Verhältnis zur DDR verschlechtert. Hierbei gilt es auch zu bedenken, daß viele Übersiedler "vorläufige" Beschäftigungen und Jobs wahrnahmen, um zunächst ihre finanzielle Situation zu verbessern. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß die wenigen Frauen, die bereits eine neue Arbeitsstelle fanden, diese deutlich positiver beurteilten als die Männer.

Ähnlich wie bei den Analysen zur Wohnsituation haben wir die 74 % erwerbslosen Übersiedler nach ihren Erwartungen gefragt, wie lange es wohl dauern wird, bis sie eine Arbeitsstelle gefunden haben werden. Diese Frage beantworteten 503 der 694 erwerbslosen Übersiedler. Die Erwartungen sind insgesamt sehr optimistisch. So glauben 79,3 %, innerhalb der nächsten drei Monate bei der Arbeitsplatzsuche erfolgreich zu sein, und 92 % setzen einen Zeitraum von maximal einem halben Jahr an. Die Frauen sind deutlich pessimistischer und rechnen im Mittel mit 3,2 Monaten ohne Erwerbstätigkeit (Männer: 2,1 Monate). Wenn man an die obige Analyse zu den Erwerbsquoten denkt, so scheinen die weiblichen Übersiedler ihre Probleme auf dem Arbeitsmarkt — realistischere Weise — zu erahnen. Legt man aber die bisherigen Studien zur beruflichen Integration weiblicher Übersiedler zugrunde, die in der Regel von Wartezeiten um ein ganzes Jahr ausgehen (Adamy, 1990; Hofbauer, 1985; Pröbsting, 1990; Ronge, 1989; Schumann, Dietz, Gehrman & Kaspras, 1990), so sind auch diese Erwartungen immer noch zu optimistisch. Im übrigen ergibt sich für die Erwerbstätigkeitserwartungen ein ähnliches Abhängigkeitsmuster wie für die Erwartungen, eine eigene Wohnung beziehen zu können.

Auch hier sind jüngere und ledige Migranten optimistischer als ältere und verheiratete. Insgesamt betrachtet bringen die Erwartungen hinsichtlich Wohnen und Arbeiten trotz der schwierigen Startbedingungen Hoffnungen auf deutliche und schnelle Verbesserung der Lebensqualität zum Ausdruck. Bedenkt man, daß die Erwartungen nicht auf den wenigen konkreten Erfahrungen in der Bundesrepublik seit der Übersiedlung fußen können, so erscheint der geäußerte Optimismus im Hinblick auf eine erfolgreiche berufliche Integration günstig. Motivational könnte der Optimismus aktives und problembezogenes Bewältigungsverhalten zur Überwindung dieses gravierenden Lebenschnittes fördern (Hahn & Schwarzer, 1994; Scheier & Carver, 1987; Schwarzer, 1993).

Der Wiederaufbau eines sozialen Netzwerks

Sowohl die berufliche Integration als auch eine dauerhafte Verortung durch eine eigene Wohnung stellen im Grunde nur notwendige Voraussetzungen für die weit wichtigere soziale Integration der Übersiedler dar. Schumann, Dietz et al. (1990, S. 262) schlagen zur Beschreibung des sozialen Integrationsprozesses ein eigenes Konzept vor, das als Ausgangspunkt Übersiedler als "marginal man", also als Menschen zwischen zwei Kulturen beschreibt. Sie gehen von einem zeitlich ausgedehnten Assimilationsprozeß, einem "Sich-Einstellen" auf die lebensweltlichen Strukturen in der Bundesrepublik aus, dessen Ziel wohl am besten durch die empfundene Zugehörigkeit, Akzeptanz und Anerkennung seitens der Mitmenschen zu beschreiben ist. Das Mittel zur sozialen Assimilation ist die Interaktion mit der bundesdeutschen Bevölkerung. Die Fähigkeit und der Wunsch nach sozialer Interaktion unter neuen Regeln bildet also die Grundlage des Integrationsfortschritts. Abbildung 8 verdeutlicht, daß tatsächlich ein ausgeprägter Kontaktwunsch zu Bundesbürgern besteht. Dennoch bekunden 21,7 % nur geringes Interesse an vermehrten Kontakten zu Bundesbürgern. Diese Zahl liefert insofern ein Signal, als Schumann, Kaspras et al. (1990, S. 721) aufgrund eines "Integrationsindex" davon ausgehen, daß etwa 20 % der Übersiedler der Jahre 1983 bis 1986 heute "als sozial nicht gut integriert" gelten müssen. Es stellt sich die Frage, ob die Verschllossenheit eines kleinen Teils der Berliner Übersiedler den Grundstock für eine spätere mangelhafte soziale Integration legt. Eine derartige Auffassung würde sicherlich etwas zu kurz greifen. So begründen etwa die Übersiedler in der Studie von Schumann, Kaspras und Mitarbeitern ihre Kontaktschwierigkeiten (wenn auch nur im Rückblick) überwiegend mit "kontakterschwerenden Eigenschaften und Verhaltensweisen der Westdeutschen". Ganze 16 % nehmen sich eher selbst als Ursache für ihre Probleme wahr ("Freundschaften schließen ist schwer"). Gleichzeitig macht bereits die frühe Studie von Hilmer und Köhler (1989b) darauf aufmerksam, daß die Meinung der Westdeutschen zu den Übersiedlern nicht uneingeschränkt positiv ist. So meinten 53 % der 1.200 Befragten bereits im Oktober 1989, also noch vor der Öffnung der Mauer, ausreisewillige DDR-Bürger sollten doch besser in der DDR bleiben, um ihren Teil für die Entwicklungen dort zu leisten. Immerhin 24 % sind der Auffassung, die DDR-Übersiedler nähmen "uns" die Arbeitsplätze weg. Diese Ansichten haben sich in späteren Monaten kaum verbessert (vgl. Becker, Becker & Ruhland, 1992, S. 65ff).

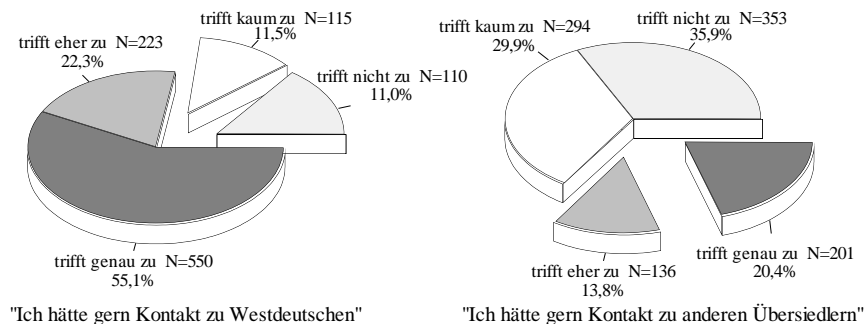


Abbildung 8 Kontaktwünsche zu Westdeutschen und anderen Übersiedlern.

Letztlich hängt die erfolgreiche soziale Integration vom wechselseitigen Verhältnis der Neuankömmlinge und der aufnehmenden bundesdeutschen Bevölkerung ab. Pratsch und Ronge (1985a, 1985b, 1989), die aufgrund ihrer Studie ein eher düsteres Bild der sozialen Integration der Übersiedler des Jahres 1984 zeichnen, glauben beispielsweise, daß dieses wechselseitige Verhältnis vor allem durch grundsätzlich verschiedene Einstellungen zu Arbeit und Lebensqualität gestört wird: "...so erinnern die Aussagen und Verhaltensweisen der von uns Befragten an jene materiell dominierte Werthaltung, die für die Bundesrepublik der 50er Jahre kennzeichnend war" (Pratsch & Ronge, 1989, S. 912). Dies muß, so Ronge am 25.9.1991 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, "mit dem im Westen inzwischen weithin herrschenden postmateriellen Muster kollidieren" (S. 10). Auch wenn diese Deutung weder theoretisch noch empirisch unwidersprochen blieb (z. B. Gehrman, 1992b), so dürften in der Tat Einstellungs- und Werteunterschiede in vielen Bereichen "Reibungspunkte" liefern, die den Aufbau von neuen Freundschaften erschweren könnten (vgl. hierzu das Kapitel von Ann Elisabeth Auhagen und Ralf Schwarzer, sowie Hänsgen, Kasielke, Schmidt & Schwenkmezger [1991] zu Persönlichkeitsunterschieden in Ost- und Westdeutschland und Borg, Braun & Häder [1993] zu Unterschieden bei Arbeitswerten).

Zunächst bleibt jedoch festzuhalten, daß die überwiegende Mehrheit der Übersiedler den Kontakt zu den West-Berlinern wünscht und sucht. Besonders ausgeprägt ist dieser Wunsch nach mehr Kontakt sowohl bei der jüngsten (18-21 Jahre) als auch bei ältesten Altersgruppe (50-69 Jahre) mit 84,5 % bzw. 96,1 %. Eher moderat sind die Kontaktwünsche in den mittleren Altersgruppen (zwischen 66 % und 76 %), was zum Teil auf bereits bestehende Kontakte zu Westdeutschen zurückzuführen sein dürfte. Geschlechtsunterschiede fanden wir hingegen nicht. Auch sind die Kontaktwünsche unabhängig davon, ob die Übersiedler allein (79 %) kamen oder vom Freund/Freundin (84 %) oder Ehepartner (74 %) begleitet wurden. Natürlich fanden wir erwartungsgemäß, daß die Kontaktwünsche umso ausgeprägter sind, je weniger Zeit seit der Übersiedlung verstrichen ist.

Nun könnte man annehmen, daß nicht nur der Wunsch nach vermehrten Kontakten zu Westdeutschen sehr hoch ist, sondern auch derjenige zu anderen

Übersiedlern mit ähnlichem Erfahrungshintergrund. Soziale Unterstützung wird in der Regel von denjenigen als hilfreich empfunden, die auch in der Lage sind, Problemsituationen glaubwürdig nachzuvollziehen (z. B. Veiel & Baumann, 1992). Die Möglichkeit zum Austausch über die vormalige persönliche Situation in der DDR, über die Beweggründe zur Ausreise, über die Fluchtumstände, über die Verluste sowie über die vielfältigen Probleme der jetzigen Situation, lassen gerade andere Übersiedler als ideale Ansprechpartner erscheinen, die nicht nur zu emotionaler, sondern auch sehr konkreter instrumenteller Unterstützung (z. B. Tips zu Behördengängen) in der Lage wären. Eine Hinwendung zu anderen Übersiedlern erscheint zudem besonders wahrscheinlich, weil erstens bereits in der DDR eine besonders stark ausgeprägte soziale Kohäsion (u. a. durch Tauschbeziehungen für Güter und Dienstleistungen) bestand, und zweitens, weil gemeinsam erlebte Krisensituationen Menschen generell eher aneinander binden. Ein dritter Grund für einen ausgeprägten Kontaktwunsch könnte auch in ersten negativen Erfahrungen oder Schwierigkeiten bei der Kontaktaufnahme zu West-Berlinern gesehen werden, wie sie ganz allgemein von dem Wuppertaler Soziologen Volker Ronge befürchtet werden. Nun werden einige Leser der Abbildung 8 bereits entnommen haben, daß so ziemlich das Gegenteil zutrifft. Nur ein Drittel der Befragten (34,2 %) hat tatsächlich den Wunsch, vermehrt mit anderen Übersiedlern Kontakte aufzubauen. Besonders ausgeprägt ist diese "Vermeidungshaltung" bei den legal ausgereisten Übersiedlern (Übersiedler: 29 % und Flüchtlinge: 38 %), deren Vorbereitungsaufwand für die Ausreise in der Regel höher war. Umgekehrt formuliert besteht also eher ein Bedürfnis, sich von den anderen Übersiedlern zu distanzieren. Knapp 36 % wollen sogar überhaupt keinen Kontakt.

Wie läßt sich nun dieser überraschende Separationswunsch interpretieren? Abgesehen von den aus theoretischer Perspektive zu erwartenden Vorteilen vermehrter Kontakte, wie sie oben geschildert wurden und daher wohl auch — zumindest von einem Teil — gewünscht werden, birgt eine intensivere Bindung an die durch die Übersiedlung definierte Bezugsgruppe auch eine Reihe von Nachteilen, wenn nicht gar Gefahren. So besteht die Gefahr, daß neue Beziehungen zu den vielleicht leichter zugänglichen Übersiedlern zum Ersatz für Freundschaften und Bekanntschaften zu Westdeutschen werden. Sie verhindern oder behindern damit den Aufbau neuer Kontakte, gerade wenn sich das Knüpfen neuer Beziehungen zu Westdeutschen als schwieriger erweisen sollte. Der Aufbau von Kontakten zur Bezugsgruppe steht damit dem Integrationswunsch entgegen. Letztlich wird sogar die Integrationsfähigkeit selbst gefährdet, weil sich die (eher unattraktive) Bezugsgruppe zur abgeschlossenen Minorität entwickeln könnte. Die Übersiedler wollen jedoch in der Regel weder als Übersiedler noch als ehemalige DDR-Bürger "erkannt" werden (vgl. auch Schumann, Dietz et al., 1990, S. 263). Häufig haben wir gar die Frage gehört, wie lange es wohl dauern wird, bis man ein "richtiger Bundesbürger" ist. Die Distanzierung von anderen Übersiedlern ist also eine folgerichtige Entscheidung, um der Etikettierung als "Übersiedler" zu entkommen, um die alte DDR-Identität endlich ablegen und eine neue Identität entwickeln zu können. Nicht vergessen sollte man auch, daß andere Übersiedler de facto oder dem Erleben nach als Konkurrenten auftreten, was zum größten Teil einfach auf die

sehr hohen Übersiedlerzahlen der Jahre 1989 und 1990 zurückzuführen ist. Je mehr Übersiedler auf den Arbeits- und Wohnungsmarkt drängen, je mehr sich um ihre soziale Integration mühen, desto häufiger sind Widerstände zu erwarten. Konkurrenz als komplementäres Element zur sozialistischen Solidargemeinschaft wird vielleicht zunächst als der handlungsleitende Wert in der westlichen Gemeinschaft begriffen, in der letztlich nur derjenige profitiert, der sein Schicksal selbst in die Hand nimmt. Nicht mehr der Staat organisiert das Leben des Einzelnen, sondern jeder Einzelne selbst. In diesem Sinne wäre es also die empfundene Selbstverantwortlichkeit für den neuen Anfang, der andere Übersiedler zu Konkurrenten werden läßt. Es lassen sich also durchaus einige triftige Gründe finden, warum Kontakte zu anderen Übersiedlern so verhältnismäßig selten gewünscht werden.

Fassen wir zusammen: Die Lebenssituation direkt nach der Übersiedlung stellt sich weit günstiger dar, als wir anfangs befürchtet hatten (vgl. Schwarzer & Jerusalem, 1990). Die Grundhaltung hinsichtlich Arbeit und Wohnen ist von Optimismus und Hoffnung geprägt. Erfolge bei der Wohnungs- und Arbeitssuche waren bei einigen Übersiedlern überraschend früh zu verzeichnen. Ob der anfängliche Optimismus bestätigt wird oder aber eher resignativen Tendenzen weicht, werden die noch vorzustellenden längsschnittlichen Analysen zeigen. Der Wunsch nach sozialer Integration und Überwindung des "Übersiedlerstatus" ist sehr stark ausgeprägt, was sicherlich als gute Voraussetzung für die Gewöhnung an die westlichen Lebensverhältnisse anzusehen ist. Aus psychologischer Perspektive eher bedenklich ist die gewünschte Distanzierung zu anderen Übersiedlern, da sie die Aufarbeitung der eigenen zum Teil verlustreichen und widersprüchlichen Lebensgeschichte behindert, das Vergessen fördert und das Zustandekommen einer vielleicht wichtigen Bezugsgruppe untergräbt.

"Ich bin geblieben": die Ostdeutschen in Ostdeutschland

Als Ende des Jahres 1989 die Mauer überraschend zu Fall kam, war nicht nur plötzlich wieder die Möglichkeit geschaffen worden, den jeweils anderen Teil Deutschlands zu betreten, sondern vor allem entstand Raum für freien Erfahrungs- und Informationsaustausch. Gerade Wissenschaftler aus Ost und West verzeichneten einen ungeheuren Nachholbedarf an Begegnungen. In der Regel waren die Kontakte vor mehr als zwei Jahrzehnten abgebrochen worden — die Zeitspanne einer ganzen Generation. Für unser Forschungsprojekt ergab sich so schon im Verlauf der ersten "Ost"-Kontakte die unverhoffte Möglichkeit, eine Vergleichsgruppe von DDR-Bürgern zu untersuchen, welche — bisher zumindest — die DDR nicht verlassen hatten. Zunächst hatten wir die Vorstellung, daß diese Stichprobe geradezu idealtypisch mit den Übersiedlern verglichen werden kann, weil sie einen ähnlichen Sozialisationshintergrund hat. Experimentalpsychologisch formuliert hätten dann die Ostdeutschen als "Kontrollgruppe" zu den Übersiedlern fungiert. Man hätte dann die Folgen der Migration sowie des Anpassungsprozesses (z. B. für die körperliche Gesundheit) noch besser abschätzen können. Doch die rasante Entwicklung in Richtung Wiedervereinigung änderte drastisch diese Perspektive. Vielmehr würden nicht

nur die Übersiedler mit ihrem, wie Ronge (1990, S. 202) es nennt, "DDR-typischen 'Sozialisationsgepäck' mit den im Westen Deutschlands herrschenden, in vielen Hinsichten andersartigen soziokulturellen Verhältnissen" konfrontiert werden, sondern auch kollektiv 16 Millionen DDR-Bürger. Auch wenn der Titel des Beitrags von Ronge (1990) "Übersiedlung — 16millionenfach" überpointiert erscheint, da der Wiedervereinigung ein recht umfangreiches wechselseitig verpflichtendes Vertragswerk zugrunde liegt (Bundeszentrale für politische Bildung, 1990), so wird gleichzeitig überdeutlich, daß die DDR-Bürger mit ähnlichen Veränderungen konfrontiert werden wie die Übersiedler. Damit sind sowohl die Übersiedler wie die DDR-Bürger einem drastischen Wandel ausgesetzt, von dem theoretisch zu erwarten ist, daß er hohe Anforderungen an das Potential und die Ressourcen der Betroffenen stellt. Letztlich könnte man auch sagen, daß die Schnelligkeit der Wiedervereinigung dazu geführt hat, daß wir nicht — wie anfänglich beabsichtigt — eine "Ohne-Streß-Gruppe" (Ostdeutsche) mit einer "Mit-Streß-Gruppe" (Übersiedler) vergleichen, sondern zwei "Streßgruppen" mit ähnlichem Sozialisationshintergrund. Dennoch bestehen natürlich nach wie vor viele Unterschiede zwischen Übersiedlern und Daheimgebliebenen, beispielsweise in all jenen Bereichen, die die Übersiedler zu ihrem Schritt in den Westen veranlaßt haben. Unterschiede bestehen darüberhinaus auch im Ausmaß der neuen Anforderungen, mit denen beide Gruppen konfrontiert werden. Beispielsweise erfolgen die Veränderungen in Ostdeutschland nicht abrupt, sondern in verlangsamer Geschwindigkeit in einer vertrauten, historisch gewachsenen Umgebung. Damit bleibt mehr Zeit, um sich den neuen Herausforderungen stellen zu können. Veränderungen in Ostdeutschland werden eher als kollektiv erlebt und nicht als persönliches Schicksal, wie es tendenziell bei den Übersiedlern der Fall ist. Wir kommen im letzten Teil dieses Abschnitts noch einmal auf die Problematik eines direkten Vergleichs zurück.

Bereits 1989 kam der erste Kontakt zur Arbeitsgruppe um Professor Harry Schröder von der Universität Leipzig zustande (vgl. die Einleitung von Ralf Schwarzer, in diesem Band). Dieser erklärte sich spontan zu einer Kooperation bereit und bot uns an, einen modifizierten "Übersiedler"-Fragebogen durch seine Mitarbeiter in Leipzig und Umgebung verteilen zu lassen. Trotz einer Reihe — vor allem technischer und finanzieller — Hürden, konnten die mit der Durchführung betrauten Mitarbeiter, Beate Honnemann und Grit Lewizcki, im Juni 1990 mit der Erhebung beginnen. Sie befragten in mühseliger Kleinarbeit bis zum September insgesamt 508 Personen. Knapp zwei Drittel der Befragten stammt aus Leipzig, 25 % aus Dresden und 8 % aus Chemnitz. Die Beschreibung des Erhebungszeitraums sowie der Erhebungsorte macht deutlich, daß es sich nicht um eine repräsentative, sondern vielmehr um eine Gelegenheitsstichprobe freiwilliger und interessierter DDR-Bürger handelt. Repräsentative Umfragen benötigen in der Regel einen erheblichen zeitlichen Vorbereitungsaufwand und kosten viel Geld (vgl. etwa die Sondererhebung der ALLBUS-Basisumfrage von Infratest vom Mai-Juli 1991; Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, 1992, S. 9f). Unsere universitätseigenen Mittel reichten gerade für die Vervielfältigung der Fragebögen. Der Leser muß sich daher bei allen Beiträgen in diesem Band die spezifischen Charakteristika dieser ostdeut-

schen Stichprobe vor Augen halten, um der Gefahr voreiliger Verallgemeinerungen und Schlußfolgerungen zu begegnen.

Da die Gesamtstichprobe zu 68 % aus Studenten verschiedenster Hochschulen und Fachrichtungen besteht, sind in Tabelle 6 die wichtigsten demographischen Merkmale getrennt für "Studenten" und "Normalbevölkerung" aufgeführt. Fassen wir zunächst die wichtigsten Merkmale der Gesamtstichprobe zusammen: 75 % sind weiblich, 76 % unter 30 Jahre alt, 65 % ledig, 47 % verfügen mindestens über das Abitur und 58 % über eine abgeschlossene Berufsausbildung. Sowohl im Vergleich zur Übersiedlerstichprobe als auch zur DDR-Bevölkerung im allgemeinen (vgl. Tabelle 1) ist die ostdeutsche Stichprobe also etwas jünger, seltener verheiratet, häufiger weiblich und verfügt über eine überdurchschnittliche Schulbildung, jedoch seltener über eine abgeschlossene Berufsausbildung. Betrachtet man die demographischen Merkmale getrennt für die Studenten und die Normalbevölkerung, so fällt erstens auf, daß sich beide Gruppen sowohl von der Übersiedlerstichprobe als auch von der durchschnittlichen Bevölkerung in Ostdeutschland etwas abheben und zweitens, daß sich beide Teilstichproben in erwarteter Richtung voneinander unterscheiden.

Welche Konsequenzen ergeben sich hieraus für die Analysen? Möchte man vergleichende Aussagen zu den Übersiedlern vornehmen, so ist die ostdeutsche Gesamtstichprobe die geeignete Vergleichsgruppe, da sich hier die abweichenden Merkmale statistisch noch am ehesten kontrollieren lassen.

Sowohl die Teilstichprobe der Studenten als auch die Teilstichprobe der Normalbevölkerung weichen in allen Merkmalen extremer — wenn auch mit unterschiedlichen Vorzeichen — von den Übersiedlern ab als die Gesamtstichprobe. Liegt das Augenmerk der beabsichtigten Aussagen jedoch bei dem Status und der Entwicklung von Zuständen in Ostdeutschland, so sollten beide Teilstichproben getrennt betrachtet werden. Die Teilstichprobe der 161 Personen aus der "Normalbevölkerung" ist hinsichtlich ihrer demographischen Zusammensetzung der durchschnittlichen DDR-Bevölkerung am ähnlichsten, was auch ihre bisher vorgenommene Etikettierung — eben als Normalbevölkerung — rechtfertigt. Dennoch sollte auch bei getrennter Betrachtung der Teilstichproben der überdurchschnittliche Anteil an Frauen (insbesondere bei den Studenten, da über 50 % aller in der DDR eingeschriebenen Studenten weiblich sind; vgl. Köhler & Schreier, 1990, S. 127) sowie das hohe Schulbildungsniveau bedacht werden.

Unabhängig von diesen allgemeinen Anforderungen an die vorzunehmenden Analysen hängt natürlich die Notwendigkeit der Berücksichtigung abweichender Stichprobenmerkmale von der konkreten Untersuchungsfrage ab, so daß sie in jedem Einzelfall geprüft werden muß.

Tabelle 6 Soziodemographische Struktur der ostdeutschen Stichprobe, getrennt für Studenten und Normalbevölkerung.

	Gesamt		Normalbevölkerung		Studenten		Übersiedler	DDR
Geschlecht								
männlich	24,8%	126	39,1%	63	18,2%	63	59,6%	53,2% ¹
weiblich	75,2%	381	60,9%	98	81,8%	283	40,4%	46,8% ¹
Alter								
18-21 Jahre	35,3%	179	8,7%	14	47,7%	165	17,5%	7,5% ¹
22-29 Jahre	40,8%	207	39,1%	63	41,6%	144	42,1%	17,4% ¹
30-39 Jahre	12,6%	64	22,4%	36	8,1%	28	28,4%	19,3% ¹
40-49 Jahre	6,9%	35	16,8%	27	2,3%	8	9,2%	16,2% ¹
50-69 Jahre	4,4%	22	13,0%	21	0,3%	1	2,8%	27,6% ¹
Familienstand								
ledig	65,4%	330	34,8%	56	79,6%	274	47,7%	18,4% ¹
verheiratet	29,9%	151	57,7%	93	16,9%	58	38,3%	63,7% ¹
geschieden	4,0%	20	5,6%	9	3,2%	11	13,6%	7,4% ¹
verwitwet	0,8%	4	1,9%	3	0,3%	1	0,4%	10,6% ¹
Schulbildung								
POS	53,2%	270	49,1%	79	55,2%	191	84,3%	60,6% ⁶
Abitur	30,0%	152	10,5%	17	39,0%	135	10,6%	9,8% ⁶
Hochschule	16,8%	85	40,4%	65	5,8%	20	5,1%	20,5% ⁶
Berufsausbildung								
ja	57,1%	286	95,0%	153	39,1%	133	70,4%	87,7% ²
nein	42,9%	215	5,0%	8	60,9%	207	29,6%	13,3% ²
Schule und Beruf								
POS mit Beruf	29,7%	149	47,8%	77	21,2%	72	56,1%	78,3% ⁶
Abitur mit Beruf	10,4%	52	6,8%	11	12,1%	41	9,4%	
POS ohne Beruf	23,3%	117	1,3%	2	33,8%	115	28,2%	k.A.
Abitur ohne Beruf	19,6%	98	3,7%	6	27,1%	92	1,3%	k.A.
Hochschule	17,0%	85	40,4%	65	5,9%	20	5,0%	21,7% ⁶

Anmerkung. Aufgrund der unterschiedlichen Anzahl fehlender Werte bei den demographischen Variablen unterscheiden sich die zugrundeliegenden Fallzahlen: N = 501 bis N = 507). POS = Polytechnische Oberschule. Fußnoteninformationen finden sich in Tabelle 1.

Zur Wohn- und Arbeitssituation der ostdeutschen Stichprobe

Um eine Vergleichsmöglichkeit zu den Übersiedlern zu schaffen, soll in diesem Abschnitt kurz die sozioökonomische Situation der Ostdeutschen an-

hand ausgewählter Daten zur Wohn- und Arbeitssituation skizziert werden. Das Problem der Wohnungsnot ist, wie hinlänglich bekannt sein dürfte, kein spezifisch westdeutsches Problem. Auch in Ostdeutschland wurde man dem Mangel an ausreichendem Wohnraum nicht Herr. Wie stellt sich nun die Situation in unserer Stichprobe dar? In der Teilstichprobe der Normalbevölkerung besitzen fast alle Befragten (87 %) eine eigene Wohnung, nur 9 % wohnen noch bei den Eltern und knapp 4 % sind in einem Wohnheim untergebracht. Die Wohnsituation selbst kann man als normal bezeichnen. So teilen diejenigen, die eine Wohnung besitzen, in 19 % der Fälle mit mindestens einem Familienangehörigen einen Raum und zu weiteren 3 % mit Personen, die nicht zur unmittelbaren Familie gehören. Diese Situation wird von den Befragten als zufriedenstellend eingeschätzt. Nur diejenigen, die noch bei den Eltern wohnen, sind deutlich unzufriedener. Sie rechnen nicht mit einer eigenen Wohnung vor Ablauf eines Jahres. Innerhalb der studentischen Teilstichprobe haben allerdings nur knapp 44 % bisher eine eigene Wohnung, welche sie sich wiederum in 29 % der Fälle mit jemandem teilen (in der Regel mit einem Familienangehörigen). 30 % der Studenten wohnen noch bei den Eltern. Gut ein Drittel von ihnen teilt sich in diesem Fall ein Zimmer mit Geschwistern. Immerhin 26 % der Studenten sind zum Beginn des Studiums in Studentenwohnheime gezogen. Eine Besonderheit gegenüber westdeutschen Verhältnissen ist darin zu sehen, daß sie sich ihr Zimmer mit einem Kommilitonen teilen müssen (ein Drittel von ihnen sogar mit zwei Personen). Wen wundert es, wenn die Studenten mit diesen Verhältnissen unzufrieden sind? Auch wenn sie noch zuhause wohnen, sind sie damit nicht gerade glücklich. Die eigene Wohnung wird hingegen als ideal angesehen. Zusammenfassend betrachtet stellt sich die Wohnungssituation der Befragten positiv dar; lediglich die Studenten müssen sich zu einem Teil mit Verhältnissen arrangieren, wie sie die Übersiedler nach ihrem Grenzübertritt vorfanden.

Die Beantwortung der Frage nach der momentanen Erwerbssituation gestaltet sich etwas schwieriger, da von den 508 Befragten nur 330 Ostdeutsche hierzu Auskunft gaben. Bis auf 4 Personen waren es die Studenten, die diese Fragen aufgrund ihres Studiums als irrelevant ansahen und nicht beantworteten. Dies macht erneut eine getrennte Betrachtung der Teilstichproben notwendig. Innerhalb der Teilstichprobe der Normalbevölkerung sind insgesamt 78,8 % erwerbstätig (Männer: 84,1 % und Frauen: 75,3 %). Gemessen an der Erwerbsquote der Gesamtbevölkerung der DDR über 18 Jahre (Stand: Juni 1990) von 59,9 % (Männer) bzw. 50,0 % (Frauen) gehen also überdurchschnittlich viele Untersuchungsteilnehmer einer Beschäftigung nach (Hin & Pöschl, 1993). Legt man allerdings die Zahlen der etwa 8,7 Millionen Erwerbspersonen in der DDR zugrunde, also jene Personen, die nicht bereits aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind oder sich noch in Ausbildung befinden, so ist der Anteil der Erwerbslosen in der Teilstichprobe leicht erhöht (der Anteil der erwerbstätigen Männer an den Erwerbspersonen beträgt in der DDR 91,3 % und derjenige der Frauen 86,4 %). Da die Teilstichprobe aus der Normalbevölkerung zu 95 % über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügt (vgl. Tabelle 6) und der älteste Untersuchungsteilnehmer 63 Jahre alt ist, muß also von einer erhöhten Belastung durch Arbeitslosigkeit im Vergleich zur durchschnittlichen DDR-

Bevölkerung ausgegangen werden. Dies gilt insbesondere für die Frauen. Für die Studenten können nur sehr vorsichtige Aussagen getroffen werden. Insgesamt geben 30 % an, daß sie neben ihrem Studium noch einer Beschäftigung nachgehen (49 % machen hierzu keine Angabe und 21 % bezeichnen sich als erwerbslos). Da zum Befragungszeitpunkt nur etwa einer von 1.000 Studenten in der DDR als sogenannter "Abendstudent" an der Hochschule eingeschrieben war, handelt es sich in der Regel um Teilzeitbeschäftigungen (unter 20 Stunden pro Woche). Aus psychologischer Sicht ist allerdings nicht die Erwerbslosigkeit der Studenten, sondern vielmehr die Erwerbstätigkeit als potentielle Zusatzbelastung einzustufen. Insbesondere die männlichen Studenten gehen zu fast 60 % einer Erwerbstätigkeit nach, um das Studium finanzieren zu können (Studentinnen nur in knapp 24 % der Fälle). Untersucht man also die Bedeutung der Erwerbslosigkeit in der ostdeutschen Stichprobe, so müssen beide Teilstichproben unbedingt getrennt betrachtet werden.

Soziale Integration, Netzwerkverluste und West-Kontakte

Abbildung 9 illustriert anhand von zwei Netzwerkdiagrammen für die beiden untersuchten Teilstichproben den durchschnittlichen Umfang familiärer und außerfamiliärer Beziehungen. Die Zusammensetzung der Netzwerke der Studenten und der Normalbevölkerung unterscheiden sich im Detail, jedoch ist der Netzwerkumfang gleich. Im Schnitt setzt sich die Familie aus 4,1 Mitgliedern ersten Grades, sowie 13 weiteren Mitgliedern höherer Verwandtschaftsgrade zusammen. Hinzu kommen noch durchschnittlich acht engere Freunde und etwa sechs nähere bekannte Personen aus dem jeweiligen Arbeitsumfeld. Eine derartig hohe Anzahl von Bezugspersonen findet man in westlichen Gesellschaften eher selten (vgl. Veiel & Baumann, 1992). Dies spricht auch für die Hypothese vieler Soziologen, daß in der DDR eine höhere soziale Kohäsion zwischen den Menschen bestand. Umgekehrt muß man aufgrund der vorliegenden Berechnungen davon ausgehen, daß rund 5 % der Untersuchungsteilnehmer sozial weniger gut integriert sind. Sie geben an, weder Freunde zu haben noch in nennenswertem Umfang über familiäre Bezugspersonen zu verfügen. Problematisch im Sinne sozialer Isolation erscheint die berichtete Netzwerkgröße lediglich bei drei der insgesamt 508 Befragten. Die Netzwerkgröße der Übersiedler unterscheidet sich natürlich eklatant von derjenigen der ostdeutschen Stichprobe (z. B. $M = 0,35$ gegenüber $M = 4,1$; Familienmitglieder ersten Grades). Dies macht noch einmal auf andere Art deutlich, was mit der Übersiedlung aufgegeben wurde (vgl. Abbildung 3 und Tabelle 3).

Aus dem unmittelbaren familiären Umfeld ist bei 18 % der Befragten mindestens eine Person in den Westen abgewandert. Am häufigsten war dies ein Bruder oder eine Schwester. Selbst wenn man annimmt, daß dies schon Jahre zurückliegen könnte, so bedeutet es doch, daß viele Ostdeutsche ganz persönliche und konkrete Erfahrungen mit dem Problem der Ausreise und den Motiven Ausreisewilliger hatten. Die Auswirkung der Abwanderung von Familienangehörigen auf das familiäre Netz läßt sich zahlenmäßig nur schlecht fassen. Statistisch kommen auf jede Familie 0,25 Familienangehörige, die in den Westen abgewandert sind. Die ungeheuere Abwanderungsbewegung von Ost

nach West verteilt sich also recht gleichmäßig auf die Familien. In unserer Stichprobe ist die Größe der Kernfamilie nur bei 4 % der Befragten auf die Hälfte ihres ursprünglichen Umfangs durch Übersiedlungen zurückgegangen. Die vielen Übersiedlungen der vergangenen Jahre haben also — zusammenfassend betrachtet — das Familiengefüge in nur sehr geringem Umfang beeinträchtigt.

Kontakt zu Menschen im Bundesgebiet haben die Befragten natürlich nicht nur durch die eher seltenere Abwanderung von Familienangehörigen. So befinden sich seit jeher (also schon vor dem Mauerbau 1961) bei 71 % der Befragten entferntere Verwandte in der Bundesrepublik. Offensichtlich haben auch viele die Zeit nach der Maueröffnung genutzt, um neue Kontakte aufzubauen. Insgesamt 55 % geben an, daß sie Freunde in Westdeutschland haben. Jedoch gab es auch schon vor dem Fall der Mauer die Möglichkeit, Freundschaften zu Westdeutschen zu schließen (z. B. bei Ferienaufenthalten). Weitere 16 % haben Kontakte zu Arbeitskollegen, die wahrscheinlich meist in der Zeit nach der Maueröffnung aufgebaut wurden. Leider ermöglichen die Daten keine genaueren Aussagen über den Ursprung der bestehenden Kontakte. Allerdings lassen sich auf der Grundlage der längsschnittlichen Befunde Erkenntnisse über die weitere Entwicklung der Kontakte gewinnen.

Motive für den Verbleib und Prognose des Verbleibs in Ostdeutschland nach der Wirtschafts- und Währungsunion

Viele Ostdeutsche — wenn nicht sogar die überwiegende Mehrheit — haben sich im Verlauf der Existenz der DDR Gedanken über ihren Verbleib in diesem Staat gemacht. Dies hängt zum einen damit zusammen, daß viele unmittelbare Erfahrungen mit Menschen aus ihrem familiären Umfeld gemacht haben, die mit ihrer Lebenssituation in einem Ausmaß unzufrieden waren, daß sie der DDR den Rücken gekehrt haben. Zum anderen sind auch die Kontakte zu Freunden und Verwandten in Westdeutschland nie gänzlich abgerissen. Wenn man also das Land hätte verlassen wollen, dann hätte man erste Anlaufstellen gehabt.

Dennoch gibt es nicht erst seit Öffnung der Mauer viele Gründe, die für den Einzelnen ausschlaggebend gewesen sein mögen, im Land zu verbleiben. Wir haben daher die Menschen in Ostdeutschland nach ihren primären Gründen für ihr bisheriges Verbleiben gefragt. In der Tabelle 7 sind diejenigen erfragten Gründe aufgeführt, die unseren Kooperationspartnern aus Leipzig als besonders wichtig erschienen.

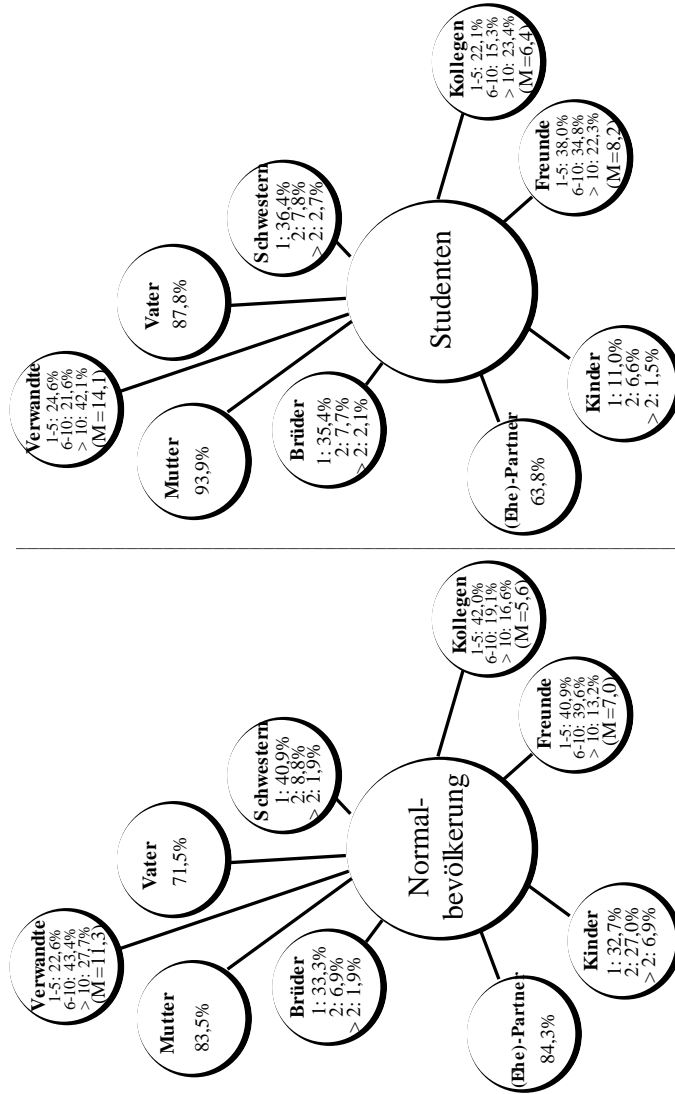


Abbildung 9 Netzwerkdiagramme zum durchschnittlichen Umfang familiärer und außerfamiliärer Beziehungen von Daheimgebliebenen (Quellen für die Größe des sozialen Netzes).

Ziel dieser Fragen war es weniger herauszufinden, welche persönlichen, wirtschaftlichen oder weltanschaulichen Motive rückblickend und quasi “rechtfertigend” für ein Leben in Ostdeutschland angeführt werden — dazu hätte es sicherlich einer eigenen umfangreichen Untersuchung bedurft — sondern vielmehr der Festigkeit der Verankerung in der angestammten Heimat nachzugehen. Denn: Je weniger Motive für ein Leben in Ostdeutschland bestehen, desto wahrscheinlicher wird es, daß mehr und mehr Menschen auch nach der Wiedervereinigung in großen Zahlen ins Bundesgebiet “umziehen” werden. Da auch Mitte 1990, also zum Zeitpunkt dieser Erstbefragung, die Übersiedlerzahlen bei einigen Tausend monatlich lagen (vgl. Hahn, in diesem Band), wird die Frage der Verankerung in bezug auf die zukünftig zu erwartende Binnenmigration Richtung Westdeutschland zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Tabelle 7 Gründe für das Verbleiben in Ostdeutschland (Auszug aus dem Fragebogen).

Die Gründe für mein bisheriges Verbleiben in Ostdeutschland sind: (mehrere Antworten sind möglich)
<ul style="list-style-type: none"> o weil es meine Heimat ist, mit der ich trotz allem verwurzelt bin o weil ich größere, riskante Lebensveränderungen scheue o weil ich im Westen keine günstigen Startmöglichkeiten und Unterstützung gehabt hätte o weil nach offener Grenze, Währungsunion und der Vereinigung beider deutscher Staaten eine Übersiedlung für mich nicht mehr sinnvoll wäre o weil ich prinzipielle weltanschauliche bzw. moralische Bedenken gegen einen Weggang habe o weil ich hier in festen Verpflichtungen eingebunden bin, die mein Hierbleiben erforderlich machen o weil ich hier wichtige Aufgaben für alle sehe o weil ich hier persönliche Entwicklungsmöglichkeiten sehe

Anmerkung. Jede Frage konnte mit “trifft zu” oder “trifft nicht zu” beantwortet werden.

Abbildung 10 zeigt zunächst, wie häufig die acht Gründe genannt wurden, getrennt für die Teilstichprobe der Studenten und der Normalbevölkerung. Zwei der aufgeführten Gründe fallen besonders ins Auge, weil sie überdurchschnittlich häufig sowohl von den Studenten als auch von der Normalbevölkerung genannt wurden. Über 80 % betrachten trotz der widrigen Umstände das Land, in dem sie zum überwiegenden Teil geboren wurden, als ihre Heimat. Aber nicht nur die eigene bisherige Geschichte hält die Befragten im Land, sondern auch die hiermit zusammenhängende wahrgenommene Verpflichtung gegenüber der Zukunft des Heimatlandes. So sehen fast zwei Drittel “wichtige Aufgaben für alle” im Land, die dann auch im Zuge der Wiedervereinigung als lösbar und teilweise als persönliche Chance eingeschätzt werden (vgl. Abbildung 10).

Im Land zu bleiben und am Aufbau mitzuwirken, scheint in erster Linie auf zwei Säulen zu fußen: (1) auf einem Bedürfnis nach Kontinuität innerhalb der eigenen Lebensgeschichte, die durch einen Wegzug infrage gestellt würde, und

(2) auf einer generationsübergreifend gewachsenen kollektiven Verantwortung und Verpflichtung gegenüber dem Geburtsland, dessen Ressourcen und arbeitende Menschen das bisherige Leben überhaupt erst ermöglichten und darüberhinaus sicherlich nicht selten als sehr lebenswert erschienen ließen. Für diese Interpretation spricht auch, daß verhältnismäßig wenige Menschen “das Risiko” einer derartigen Lebensveränderung scheuen (38 % bzw. 28 %), “politische oder moralische Bedenken” gegenüber einem Wegzug anmelden (24 % bzw. 29 %) oder aber für sich persönlich “weniger gute Startmöglichkeiten im Westen” sehen (35 % bzw. 37 %).

Letztlich bekunden auch nur knapp 40 %, daß sie einfach aufgrund persönlicher Verpflichtungen (etwa Familie, verantwortliche Aufgabe im Beruf) derzeit einen Verbleib für erforderlich halten. Verlagert man — wie gerade geschehen — die Blickrichtung von den Gründen für einen Verbleib zu den Hindernissen für einen Weggang, so ist insgesamt ein hohes Potential an Menschen unter den Befragten zu erkennen, die sich in Zukunft doch noch für einen Umzug in die “alten” Bundesländer entscheiden könnten. Dies gilt insbesondere für die befragten Studenten, auch wenn sie ihre persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten im Land deutlich besser einschätzen als die Normalbevölkerung (vgl. Abbildung 10).

Um das Bereitschaftspotential, in den Westen zu gehen, noch deutlicher in Zahlen fassen zu können und das obige Verteilungsmuster zu ergänzen, wurden zwei zusätzliche Fragen gestellt: (a) “Könnten bei Ihnen Umstände eintreten, die Sie zum Verlassen ihres jetzigen Wohnortes in Ostdeutschland veranlassen könnten?” und (b) “Mein Verbleiben in Ostdeutschland mache ich von der zukünftigen Entwicklung hier abhängig”.

Abbildung 11 zeigt die Verteilung der Antworten auf diese Fragen. Das Ergebnis ist eindeutig: Nur knapp 12 % verneinen die erste Frage eindeutig und insgesamt 63 % machen ihr Verbleiben in Ostdeutschland entweder gänzlich oder teilweise von der weiteren Entwicklung im Land abhängig. Desweiteren ist im Vergleich zur Normalbevölkerung bei den Studenten ein höheres Abwanderungspotential zu erkennen, was hinsichtlich ihrer Möglichkeiten stimmig erscheint. Diese Zahlen verschaulichen besonders treffend, in welcher Umbruch- und Aufbruchphase sich die DDR im Juni/Juli 1990 befand. Hier zeichnet sich überdeutlich ab, welche große Bedeutung der weiteren politischen und ökonomischen Entwicklung des Landes beizumessen ist, um einer erneuten Wanderungswelle gen Westen vorzubeugen.

Um herauszufinden, ob sich vielleicht Empfehlungen aus den Daten gewinnen lassen, wie man diesem Abwanderungspotential entgegenwirken könnte, wurden Zusammenhangsanalysen zwischen der potentiellen Abwanderungsbereitschaft und den Gründen für den bisherigen Verbleib in Ostdeutschland vorgenommen. Zunächst konnten wir feststellen, daß, ein Verlassen der DDR umso eher für denkbar gehalten wurde, je weniger Gründe für einen Verbleib angeführt wurden. Selbst von denjenigen, die sieben oder gar allen acht der vorgegebenen Verbleibgründe zustimmten, hielten es noch 25 % für möglich, Ostdeutschland zu verlassen (vgl. Abbildung 12).

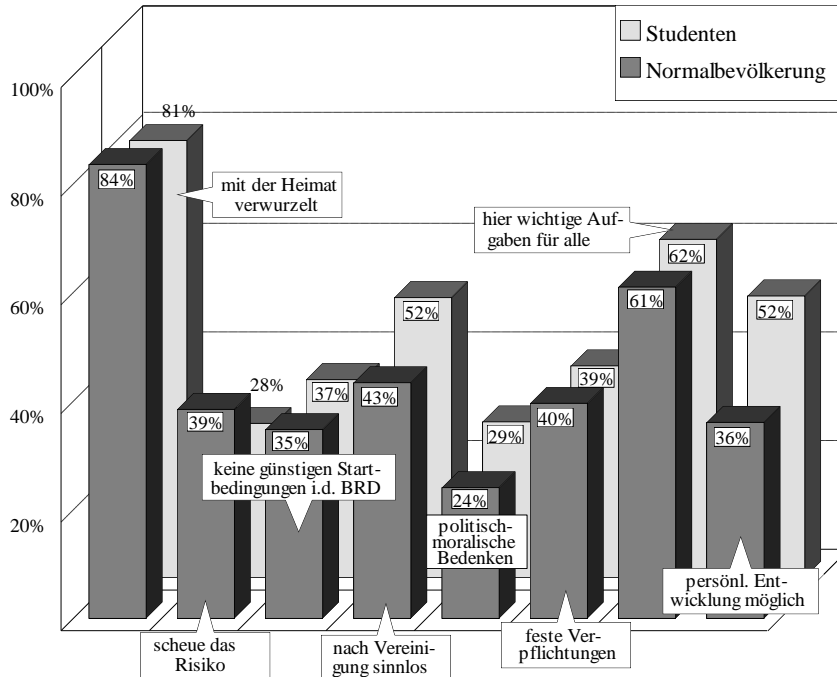
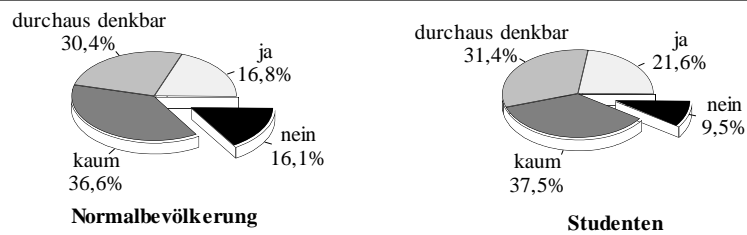


Abbildung 10 Gründe für den Verbleib in Ostdeutschland.

Könnten Umstände eintreten, aufgrund derer Sie die DDR verlassen?



Mein Verbleiben mache ich von der zukünftigen Entwicklung abhängig.

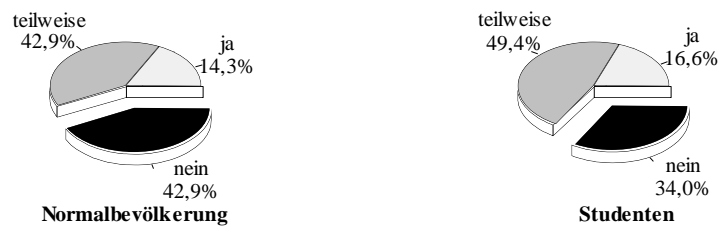


Abbildung 11 Ausreisepotential von Ostdeutschen.

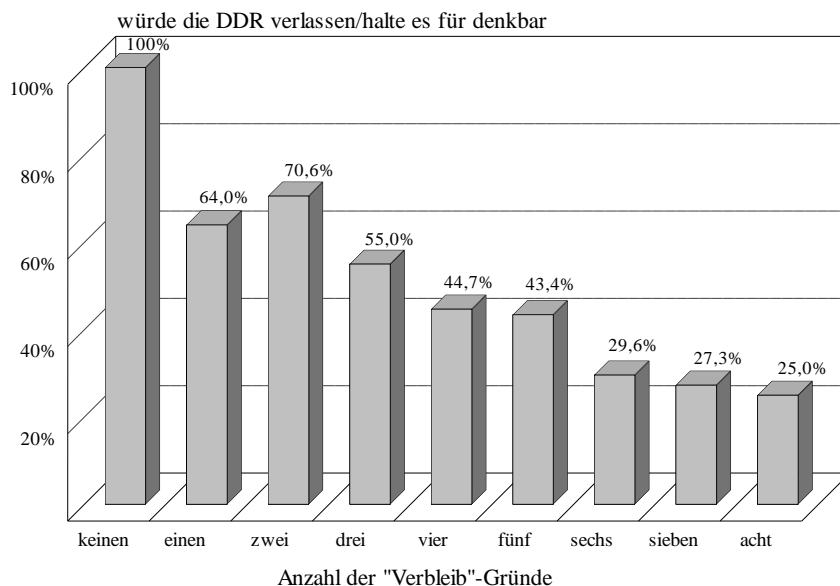


Abbildung 12 Ausreisepotential von Ostdeutschen in Abhängigkeit von der Anzahl genannter Verbleibgründe.

Nachfolgend stellt sich die inhaltliche Frage, ob sich einzelne Verbleibgründe oder Kombinationen von Gründen identifizieren lassen, die ein Verlassen Ostdeutschlands weniger wahrscheinlich machen. Da insgesamt acht Gründe vorgegeben wurden und Mehrfachantworten erlaubt waren, gibt es theoretisch 256 Motivkombinationen für einen Verbleib. Empirisch beobachten lassen sich tatsächlich 134 verschiedene Kombinationen, von denen jede einzelne unter den 508 Befragten etwa gleich häufig vorkommt. Nun gibt es zwar anspruchsvolle statistische Methoden, um derart komplizierte Strukturen zu analysieren (Feger, 1994), doch würde der Umfang der Ergebnisse dem Zweck der vorliegenden Darstellung nicht gerecht. Die in Abbildung 13 dargestellten Zahlen zu Unterschieden in der Motivhäufigkeit für einen Verbleib in Ostdeutschland geben die Befunde eines einfacheren statistischen Verfahrens am anschaulichsten wieder. Die Häufigkeiten sind für zwei Gruppen abgetragen: (a) für diejenigen, die die DDR unter Umständen verlassen würden, und (b) für diejenigen, die sich einen Wegzug nicht oder kaum vorstellen können. Abbildung 13 zeigt also beispielsweise, daß in der "DDR-verlassen"-Gruppe wesentlich seltener die Verwurzelung mit der Heimat als Grund für den bisherigen Verbleib genannt wird als in der "DDR-bleiben"-Gruppe. Ähnlich verhält es sich mit den weiteren drei aufgeführten Gründen. Die Wahrscheinlichkeit eines Wegzugs aus Ostdeutschland ist umso höher, je weniger sich die Menschen mit ihrer Heimat verwurzelt fühlen, je weniger sie sich dem eigenen Land verpflichtet fühlen ("alle haben hier wichtige Aufgaben"), je weniger sie moralische oder weltanschauliche Bedenken gegen einen Weggang äußern und je eher sie mit Unterstützung im Westen rechnen. Die statistischen Analysen zeigen darüber hinaus, daß alle vier genannten Gründe unabhängig vonein-

ander zu einem erhöhten Ausreisepotential beitragen. Die in Abbildung 13 nicht dargestellten Gründe für den bisherigen Verbleib, wie etwa, daß man das Risiko größerer Lebensveränderungen scheut oder daß feste Verpflichtungen bestehen, hängen auch nicht mit der Einschätzung zusammen, den jetzigen Wohnort zu verlassen.

Nach diesen Zahlen ist für den weiteren Verbleib in Ostdeutschland nicht ausschlaggebend, inwieweit feste Verpflichtungen bestehen oder ob sich nach der Vereinigung die persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten günstiger darstellen. Entscheidend scheint vielmehr die Identifikationsmöglichkeit mit dem eigenen Land, seinen Zielen und seinen Menschen zu sein. Denn jene, die mit ihrer Heimat fest verwurzelt sind, wichtige Aufgaben für alle im Land sehen und gleichzeitig auch moralische Bedenken gegen einen Weggang hegen, sind am wenigsten bereit, die DDR zu verlassen. Damit dürfte vor allem der Entwicklung der künftigen politischen Kultur des Landes, seiner Glaubwürdigkeit und Transparenz eine zentrale Rolle zukommen. Diese muß es dem Einzelnen ermöglichen an den neuen kollektiven Aufgaben zu partizipieren und zugleich die "Wurzeln" der Menschen verfestigen, indem zumindest Bewährtes wie Arbeit, Wohnen und Sozialstruktur gesichert wird. Entwickelt sich die politische Struktur hingegen so, daß die Menschen ihre Heimat immer weniger "wiedererkennen", so hätte dies in bezug auf die weitere Abwanderung aller Wahrscheinlichkeit nach katastrophale Folgen.

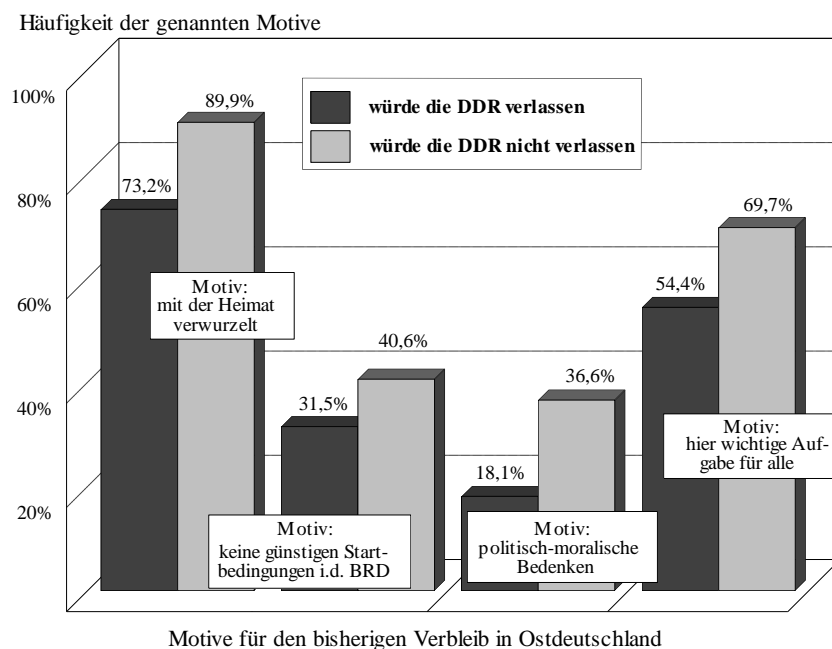


Abbildung 13 Bleiben oder Gehen? — Vier Motive, die einen Weggang weniger wahrscheinlich machen.

Die Längsschnittstudie

Die bisher vorgestellten Befunde zu den Übersiedlern und der ostdeutschen Vergleichsstichprobe beziehen sich ausschließlich auf den ersten Erhebungszeitraum (Welle 1). Wir konnten hier interessante Einblicke über den Zustand direkt nach der Übersiedlung gewinnen und uns ein Bild machen über die Motivation der Ostdeutschen, im Land zu bleiben. Dennoch sind solche Befunde wie das Foto einer Szenerie, das man zu einem bestimmten Zeitpunkt aufnimmt. "Lebendig" wird es erst, wenn man weitere Bilder vom selben Ort anfertigt und diese dann nebeneinander legt. Das Foto wird zum Film und scheinbar statische Zustände verändern sich. Stellt man zu verschiedenen Zeitpunkten denselben Personen dieselben Fragen, so erhält man nicht nur Auskunft über die Zustände zu einem Zeitpunkt, sondern erfährt auch um ihre Veränderungen. Auch aus wissenschaftlicher Perspektive sind solche "längsschnittlichen" Daten sehr wertvoll, bieten sie doch — anders als sogenannte Ein-Punkt-Erhebungen ("Querschnitt") — sowohl die Möglichkeit, Aussagen über Veränderungen zu treffen, als auch die Chance nach Ursachen zu beobachtender Veränderungen zu suchen. Letzteres ist besonders wichtig, da einmal entdeckte Ursachen von Veränderungen auch in anderen Situationen gültig und damit wirksam sein könnten. Nur das Wissen um den Zusammenhang von Ursache und Wirkung erlaubt heute schon Prognosen über Zustände von morgen.

Erhebungszeiträume, Demographie und Analyse der Ausfallquoten

Es ist schon mehrfach angeklungen, daß wir die Vorzüge eines längsschnittlichen Vorgehens genutzt und beide Stichproben insgesamt dreimal befragt haben. Die Daten dieser Längsschnittstichprobe stehen im Mittelpunkt aller weiteren Beiträge in diesem Buch. Ihr Augenmerk liegt — anders als die vorstehenden Abschnitte des vorliegenden Kapitels — auf den vielfältigen Veränderungen über eine Zeitspanne von insgesamt drei Jahren, und deren Ursachen. Es ist daher notwendig, über die wesentlichen Eigenschaften und Merkmale dieser kleineren Stichprobe als Abschluß dieses Kapitels zu informieren.

In Abbildung 14 sind die Zeiträume der drei Erhebungen ("Wellen") getrennt für die Stichprobe der Übersiedler und der Ostdeutschen dargestellt. Man kann der Abbildung auch die Erhebungsspitzen eines Erhebungszeitraums entnehmen, d. h. die Monate, innerhalb derer die meisten Personen befragt wurden. Der erste Erhebungszeitraum für die in Berlin befragten Übersiedler erstreckt sich demnach von Anfang November 1989 bis Anfang Juni 1990 (Mittelwert: Januar 1990). Allerdings war die Erstbefragung hier bereits im Februar 1990 abgeschlossen worden. Dennoch haben wir auch Fragebögen mit in die Auswertung aufgenommen (ca. 3 %), die uns später postalisch erreichten.

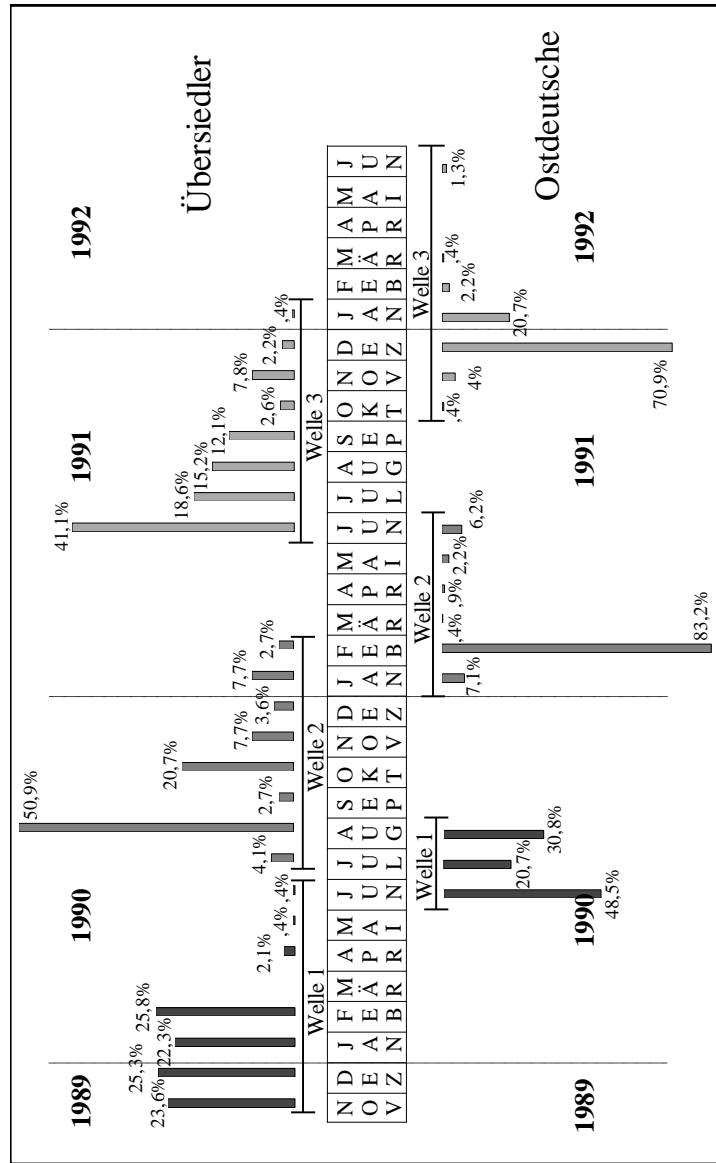


Abbildung 14 Verteilung der drei Erhebungszeiträume, getrennt für Übersiedler und Ostdeutsche. [Anmerkung: Stichprobengrößen: (a) Übersiedler: Welle 1 (N = 1.057), Welle 2 (N = 255); (b) Ostdeutsche: Welle 1 (N = 508), Welle 2 (N = 430), Welle 3 (N = 261).]

Insgesamt nahmen an der ersten Erhebung 1.057 Übersiedler teil, von denen 18 Personen das achtzehnte Lebensjahr nicht vollendet hatten. Diese wurden sowohl von den Analysen als auch von den weiteren Erhebungen ausgeschlossen. Die zweite Erhebungswelle wurde im Juli 1990 begonnen. Im Gegensatz zur Erstbefragung wurden die Fragebögen jedoch nicht mehr persönlich überreicht, sondern postalisch mit frankiertem Rückumschlag zugesandt. Für die Zweitbefragung konnten 365 Übersiedler gewonnen werden. Dies entspricht einer Ausfallquote von 65,5 %. Zur dritten Erhebungswelle, welche im Schnitt im August 1991 stattfand, konnten erneut 255 Übersiedler befragt werden. Insgesamt konnten also 24,1 % der Ausgangsstichprobe dreimal befragt werden. Die hohe Ausfallquote erklärt sich in erster Linie durch verschiedene technische Gründe. Etwa 190 Übersiedler (18 %) der Ausgangsstichprobe haben nur einer einmaligen Befragung zugestimmt. Über die Hälfte der Teilnehmer war bereits zum zweiten Erhebungszeitpunkt nicht mehr in den verschiedenen Heimen und Lagern untergebracht. Die hohe Mobilität der Übersiedler machte es trotz umfangreicher und intensiver Recherchen sehr schwierig mit ihnen in Kontakt zu bleiben. Als Folge des Wegzugs aus den Übersiedlerunterkünften kommt als drittes Element hinzu, daß die Übersiedler nicht mehr persönlich aufgesucht werden konnten, sondern postalisch ihren Fragebogen erhielten. Auch dies führte, trotz zweier Erinnerungsschreiben, zu einem merklichen Schwund. Natürlich spielt auch eine Vielzahl persönlicher Motive der Übersiedler eine Rolle. So hatten viele sicherlich andere Sorgen, als sich gut eine Stunde Zeit für das Ausfüllen des umfangreichen Fragebogens (über 300 Fragen) zu nehmen, zumal für die Teilnahme kein Honorar bezahlt werden konnte. Insgesamt stehen von 235 Übersiedlern Daten zu allen drei Erhebungszeitpunkten zur Verfügung (bei 20 Personen ließen sich die Daten der drei Erhebungen nicht zweifelsfrei zuordnen).

Betrachtet man die Abbildung 14, so fallen die ausgedehnten und annähernd nahtlos ineinander übergelenden Erhebungszeiträume auf. Die begrenzten Personalkapazitäten haben es nötig gemacht, die erste Welle auf vier Monate auszudehnen, um eine möglichst umfangreiche Ausgangsstichprobe zu gewinnen. Dies hat zu einer zeitlichen Intervallerhebung bei den weiteren Erhebungen geführt. Daß heißt, diejenigen Übersiedler, die im November 1989 befragt wurden, erhielten ihren Fragebogen zum zweiten Erhebungspunkt bereits im Juli 1990 — Übersiedler, die im Februar 1990 befragt wurden, hingegen erst im Oktober 1990. Aus individueller Perspektive liegt daher zwischen Welle 1 und Welle 2 ein Zeitraum von 8,9 Monaten und zwischen Welle 2 und Welle 3 ein Zeitraum von 10,4 Monaten. Trotz der Bemühung um eine Homogenisierung der Erhebungsintervalle stand die Maximierung der Stichprobengröße stets im Vordergrund.

Wie bereits erwähnt wurde, begann die Erhebung in Ostdeutschland etwa ein halbes Jahr nach der Ersterhebung in Berlin. Welle 1 ist zeitlich im Juli 1990 angesiedelt und wurde noch vor der Wiedervereinigung im Oktober 1990 abgeschlossen (vgl. Abbildung 14). Insgesamt wurden 508 Ostdeutsche aus Leipzig, Dresden und Chemnitz befragt. An der zweiten Erhebungsphase, die im Durchschnitt im Februar 1991 abgeschlossen war, nahmen 430 Ostdeutsche teil. Die Ausfallquote beträgt hier nur 15,4 % und liegt damit in der üblichen Größen-

ordnung von Längsschnittuntersuchungen. Der dritte Erhebungszeitraum wurde im Dezember 1991 abgeschlossen. Aufgrund der vielschichtigen Veränderungen an der Universität Leipzig wäre diese letzte Erhebung fast nicht zustande gekommen. Viele Mitarbeiter verloren ihre Stellen, die universitäre Organisation wurde umstrukturiert und die jeweiligen Ressourcen neu verteilt. Aus diesem Grund entschloß man sich in Leipzig, nur noch die Hälfte der Ursprungsstichprobe ($N = 255$) ein drittes Mal zu befragen. Hierbei wurde vor allem auf die Teilstichprobe aus der Normalbevölkerung Wert gelegt und es wurden deutlich weniger Studenten erneut befragt. Ähnlich wie in Berlin liegt zwischen Erst- und Zweitbefragung ein kürzerer Zeitraum (7,5 Monate) als zwischen Zweit- und Drittbefragung (10,0 Monate). Insgesamt stehen von 227 Ostdeutschen Daten zu allen drei Erhebungszeitpunkten zur Verfügung (bei 34 Personen ließen sich die Daten der drei Erhebungen nicht zuordnen). Die Teilnehmerzahlen der beiden Längsschnittstichproben sind damit annähernd gleich. Tabelle 8 faßt die demographischen Merkmale der beiden Längsschnittstichproben zusammen. Die Tabelle enthält zusätzlich demographische Angaben derjenigen, die nur an der ersten Erhebung teilgenommen haben. Letztere bezeichnen wir als "Dropouts" (engl. Ausgefallene). Damit läßt sich abschätzen, inwieweit die Ausfallquoten systematisch sind und zu Abweichungen von den in Tabelle 1 und Tabelle 6 aufgeführten und diskutierten Merkmalen der Stichproben der ersten Erhebung geführt haben. Bei den Berliner Übersiedlern wird zunächst deutlich, daß die legal Ausreisenden häufiger an den weiteren Erhebungen teilnahmen (50,2 % der Längsschnitteilnehmer gegenüber 39,6 % der Dropouts). Dies hängt sicherlich mit der größeren Mobilität und der Bereitschaft zu schnellen Veränderungen der Flüchtlinge zusammen, da diese nicht nur jünger als die legal Ausreisenden, sondern in der Regel auch ledig waren (vgl. Tabelle 1). Für diese Interpretation spricht auch eine Detailanalyse innerhalb der Flüchtlinge bzw. der legal Ausreisenden. Flüchtlinge, die an allen weiteren Erhebungen teilnahmen, waren nur zu 47 % ledig, wohingegen die Dropouts unter den Flüchtlingen zu 61 % ledig waren. Derartige Unterschiede findet man bei den legal Ausreisenden nicht. Insgesamt war es also deutlich schwerer, die Flüchtlinge ein weiteres Mal zu befragen, da — wie die Analysen vermuten lassen — gerade sie es waren, deren neue Adressen uns unbekannt blieben. Zwischen den Längsschnitteilnehmern und den Dropouts gibt es, wie die Tabelle 8 zeigt, eine Reihe weiterer Unterschiede, die jedoch insgesamt nicht als gravierend zu bezeichnen sind. Zwar sind die dauerhaft teilnehmenden Übersiedler im Schnitt etwas älter, häufiger Frauen, häufiger verheiratet und verfügen darüberhinaus häufiger über eine abgeschlossene Berufsausbildung als die Dropouts. Allerdings läßt sich daraus nicht unbedingt auf eine unterschiedlich ausgeprägte Motivation zur Teilnahme an der Studie schließen, da genau diese Merkmale auch mit den technischen Problemen der Folgeerhebungen (sprich der Erreichbarkeit der Teilnehmer) zusammenhängen. Besonders wichtig aber ist, daß sich an den Aussagen, die zu der Übersiedlerstichprobe des ersten Meßzeitpunktes am Anfang dieses Kapitels getroffen wurden, keinerlei Änderungen ergeben. Erfreulich ist beispielsweise, daß sich die Panelstichprobe noch weniger von den Untersuchungen anderer Erhebungen unter-

scheidet (Hilmer & Köhler, 1989a; Meck et al., 1992) als die große Stichprobe der ersten Erhebung (vgl. Tabelle 1).

Nicht viel anders sind die Abweichungen zu interpretieren, die sich in der ostdeutschen Stichprobe ergeben haben (vgl. Tabelle 8). So blieb zwar der Anteil an befragten Studenten mit 62 % überproportional hoch, was nach wie vor in einigen Fällen eine Differenzierung der Stichprobe notwendig erscheinen läßt, war damit jedoch deutlich geringer als noch zur ersten Erhebung. Da diese Korrektur systematisch durch die Forscher in Leipzig herbeigeführt wurde, gehen hierauf auch die meisten in Tabelle 8 aufgeführten Unterschiede zurück.

Befragt man weniger Studenten, wird natürlich die Stichprobe im Durchschnitt älter ($M = 28,3$ Jahre gegenüber $M = 25,4$ Jahre) und enthält weniger ledige Personen. Auch steigt zwangsläufig die durchschnittliche schulische Qualifikation der Befragten. Betrachtet man statt der Gesamtstichprobe die Teilstichproben, um festzustellen, ob sich systematische Ausfälle ergeben haben, so findet man nur innerhalb der Teilstichprobe der Normalbevölkerung zwei kleinere Unterschiede. Die längsschnittliche Stichprobe ist demnach im Durchschnitt etwas älter und damit tendenziell auch häufiger gebunden als die Dropouts der Normalbevölkerung ($M = 36,1$ Jahre und $M = 31,8$ Jahre; 67,8 % verheiratet gegenüber 45,9 %). Bei den Studenten ergeben sich zwar Unterschiede in der schulischen und beruflichen Qualifikation. Diese gehen allerdings auf die unterschiedlichen Möglichkeiten zur Erlangung der Studienberechtigung zurück (Anweiler, 1990) und sind in diesem Zusammenhang irrelevant. Abschließend bleibt auch für die ostdeutsche Längsschnittstichprobe festzuhalten, daß sie aufgrund ihres hohen Anteils an Frauen, Studenten und Personen mit akademischer Ausbildung nicht repräsentativ für die durchschnittliche Bevölkerung der DDR ist. Dennoch entspricht die Struktur der Teilstichprobe aus der Normalbevölkerung besser dem DDR-Durchschnitt als dies noch für die Stichprobe des ersten Meßzeitpunkts festgestellt werden konnte (vgl. Tabelle 6). Damit bleiben auch oben getroffenen Empfehlungen für den Vergleich der Übersiedler mit den Ostdeutschen und für Vergleiche innerhalb der Ostdeutschen unberührt (vgl. S. 79f).

Die Entwicklung der Wohn- und Arbeitssituation der Übersiedler

Gut neun Monate nach der Erstbefragung und durchschnittlich 10,2 Monate nach der Übersiedlung wohnten 27,9 % der Befragten noch immer in den Übersiedlerunterkünften, in denen auch die erste Erhebung stattfand (vgl. Abbildung 15). Hatten anfänglich nur wenige Aussicht, eine eigene Wohnung zu beziehen oder aber zumindest bei Freunden oder Verwandten unterzukommen, so nannten zum zweiten Meßzeitpunkt bereits 59,7 % und zum dritten Meßzeitpunkt, also nach gut 18 Monaten, 83,9 % eine Wohnung ihr eigen. Damit haben sich die Erwartungen derjenigen, die glaubten, innerhalb der nächsten 6 Monate eine Wohnung zu finden, in nur 64 % der Fälle erfüllt. Trotzdem waren diese "Optimisten" tatsächlich erfolgreicher als Übersiedler, deren Prognosen bei 7 und mehr Monaten lagen. Von den letztgenannten Pessimisten hatten zum zweiten Erhebungszeitraum nämlich nur 44 % eine eigene Woh-

nung, was zwar für realistischere Einschätzungen spricht, aber eben auch erfolgloser ist.

Weniger erfreulich als die Wohnsituation stellt sich auf den ersten Blick die Erwerbssituation der Übersiedler nach gut eineinhalb Jahren dar. Abbildung 16 stellt die Entwicklung über die Untersuchungsspanne hinweg dar. Bereits zu Anfang der Befragung waren 28 % bei der Arbeitssuche erfolgreich (Männer: 38,8 % und Frauen: 15,8 %). Für die 344.000 Übersiedler des Jahres 1989 beträgt die Quote der Erwerbstätigen zum Jahresende 36,3 % (Adamy, 1990). Die von uns befragten Übersiedler waren allerdings zum größten Teil erst im September 1989 in die Bundesrepublik eingereist. Über die Hälfte der Arbeitslosen fand innerhalb eines halben Jahres einen Arbeitsplatz, so daß zum zweiten Meßzeitpunkt schon knapp 64 % einer Tätigkeit nachgingen (Männer: 72,6 % und Frauen: 53,3 %). Dennoch haben sich die Erwartungen derjenigen, die glaubten, innerhalb der nächsten sechs Monate Arbeit zu finden, nur in 73 % der Fälle tatsächlich erfüllt (vgl. auch Hahn & Schwarzer, 1994). Wiederum ein Jahr später verfügten insgesamt 74,3 % über einen Arbeitsplatz (Männer: 82,3 % und Frauen: 65,4 %). Damit sind im August 1991 "nur" 25,7 % immer noch (oder wieder) arbeitslos.

Vergleicht man diese Zahlen beispielsweise mit der Entwicklung der Erwerbslosigkeit in den neuen Bundesländern, wo Tausende aufgrund der Umstrukturierungen und Reprivatisierungen plötzlich und schuldlos vor dem gleichen Problem wie die Übersiedler standen, so ist die Entwicklung für die Übersiedler viel günstiger verlaufen. Von den Arbeitslosen im November 1990, die an der Arbeitsmarkt-Monitor-Studie (N = 10.751) teilnahmen, hatten es nach einem Jahr gerade 38 % geschafft, wieder zu den Erwerbstätigen gerechnet zu werden (davon 1/3 auf ABM-Stellen; vgl. Bielenski, Enderle & Rosenblatt, 1992, S. 28f).

Die Übersiedler waren also bereits nach einem halben Jahr wesentlich erfolgreicher. Selbst wenn man denselben Untersuchungszeitraum als Vergleichsgrundlage wählt, also die Entwicklung der 80 Welle-2-Arbeitslosen betrachtet, waren zum Ende der Welle 3 immer noch 42,5 % erfolgreich. Allerdings bewahrheitet sich die bereits aufgrund der Daten des ersten Meßzeitpunkts ausgeführte Befürchtung, daß die weiblichen Übersiedler wesentlich größere Probleme am Arbeitsmarkt haben werden (vgl. auch Adamy, 1990). Der Begründungszusammenhang soll hier nicht wiederholt werden. Erwähnenswert ist, daß die Entwicklung der Erwerbstätigkeit der weiblichen Übersiedler derjenigen der Frauen in Ostdeutschland sehr ähnlich ist (Bielenski et al., 1992). Es gibt also in der Tat Fälle, wie Ronge (1990, 1992) oder auch Schumann (1991) vermuten, wo sich Entwicklungen bei den Übersiedlern in ähnlicher Form auch in Ostdeutschland — zeitlich verzögert — einstellten. Bestätigen ließ sich auch die Prognose, daß ältere Übersiedler schwerer wieder eine Beschäftigung finden. Übersiedler unter 40 Jahren waren zur dritten Erhebung zu 80 % beschäftigt. Auch wenn die Erwerbslosenquote bei den über 40 Jahre alten Übersiedlern stetig zurückging, so betrug sie zum Zeitpunkt der dritten Erhebung noch 47,8 % (vgl. auch Adamy, 1990).

(Fortsetzung von Tabelle 8)

Stichprobe	Übersiedler		Ostdeutsche	
	Längsschnitt	Dropout	Längsschnitt	Dropout
Familienstand				+3
ledig	36,7%	85	51,6%	413
verheiratet	47,8%	111	34,8%	278
geschieden	15,1%	35	13,1%	105
verwitwet	0,4%	1	0,5%	4
Schulbildung				+4
POS	81,6%	182	85,2%	654
Abitur	12,1%	27	10,3%	79
Hochschule	6,3%	14	4,5%	35
Berufsausbildung				+1
ja	75,9%	170	68,2%	525
nein	24,1%	54	31,8%	245
Schule und Beruf				+4
POS mit Beruf	58,7%	131	55,0%	422
POS ohne Beruf	22,9%	51	30,1%	232
Abitur mit Beruf	11,2%	25	8,9%	68
Abitur ohne Beruf	0,9%	2	1,4%	11
Hochschule	6,3%	14	4,6%	35

Anmerkungen. + Unterschied ist statistisch bedeutend, 0 Unterschied ist statistisch tendenziell bedeutend, — Unterschied ist nicht bedeutend, 1 Unterschied ist bedeutend in der Teilstichprobe der legal ausgereisten Übersiedler, 2 Unterschied ist bedeutend in der Teilstichprobe der Flüchtlinge, 3 Unterschied ist bedeutend in der Teilstichprobe der Normalbevölkerung, 4 Unterschied ist bedeutend in der Teilstichprobe der Studenten. POS = Polytechnische Oberschule.

Abbildung 15 verdeutlicht, daß fast keiner im Verlauf der Zeit in ein Heim zurückkehren mußte. Auch war es eher die Ausnahme, daß jemand seine eigene Wohnung wieder aufgab und zu Freunden zog. Neue Partnerschaften sind vermutlich der Grund für diese ungewöhnlichen Veränderungen. Gerade wenn man sich die relativ großen Zeiträume zwischen den Erhebungen vor Augen hält, fällt auf, daß viele zumindest erst einmal zu Freunden gezogen sind, um der tristen Atmosphäre der Heime zu entkommen. Bechthold, Gießling und Gnoss (1990) zeigen in ihrer Analyse der Übersiedlerströme, daß sich die Verweilzeiten der Übersiedler in den Heimen vom ersten Quartal 1988 bis zum zweiten Quartal 1989 von durchschnittlich 300 auf nur noch 100 Tage reduziert haben.

Betrachtet man den Verlauf in unserer Stichprobe, so hat sich dieser erfreuliche Trend trotz der drastisch angestiegenen Zahl der Übersiedler Ende 1989 und der damit knapper werdenden Plätze nicht fortgesetzt. Vielmehr wurde wohl eher wieder der Stand von 1988 erreicht. Im Durchschnitt haben sich die Übersiedler ein ganzes Jahr in den Heimen aufgehalten. Wenn der Umzug in die eigenen vier Wände gelang, dann wurde die persönliche Wohnsituation sogar als besser im Vergleich zur vormaligen in der DDR beurteilt. Das Urteil über die Wohnbedingungen in den Übersiedlerunterkünften dürfte den Heimleitungen wenig schmeicheln. Dennoch sollte nicht vergessen werden, daß die Heime über ihre vorgesehenen Kapazitäten hinaus belegt waren. Wie schwierig sich die Suche nach einer eigenen angemessenen Wohnung gestaltet, verdeutlicht auch die hohe Anzahl von Umzügen, die nach 18 Monaten zu verzeichnen war. Knapp 45 % aller Befragten sind nach dem Wegzug aus dem Heim noch mindestens einmal, 17,7 % sogar zweimal umgezogen.

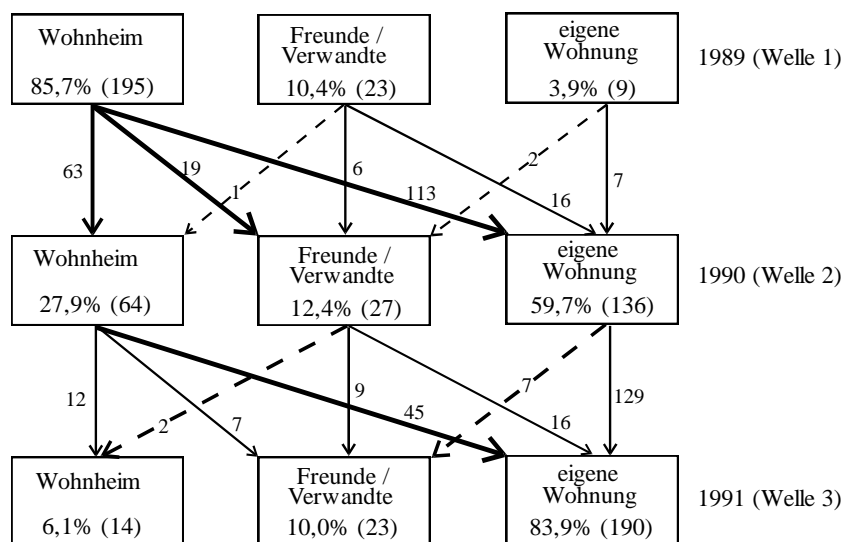


Abbildung 15 Entwicklung der Wohnsituation der Übersiedler zwischen November 1989 und August 1991 (N = 229).

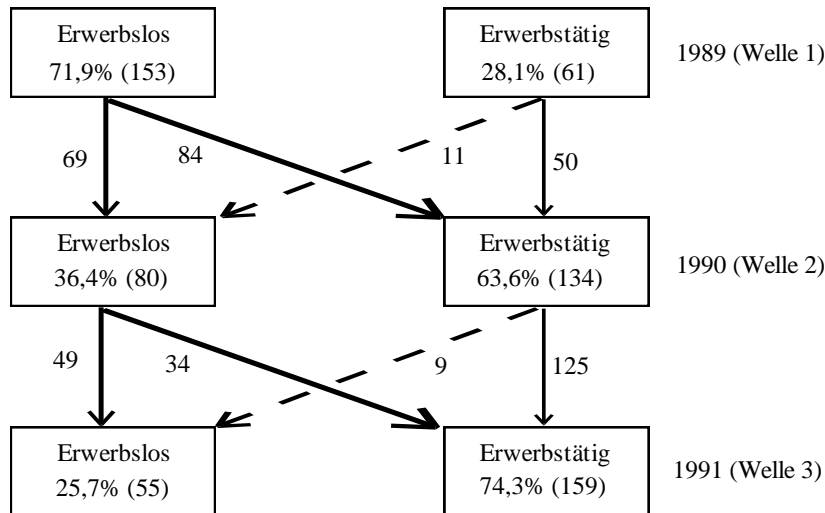


Abbildung 16 Entwicklung der Erwerbssituation der Übersiedler zwischen November 1989 und August 1991 (N = 214).

Noch positiver stellt sich die Entwicklung der Arbeitssituation der Übersiedler dar, wenn man die Gruppe der Erwerbslosen genauer betrachtet. So sind von den 36,4 % der Arbeitslosen aus Welle 2 nur knapp die Hälfte (49 %) tatsächlich ohne Arbeit. Viele Arbeitslose (34 %) befanden sich zu diesem Zeitpunkt in einer Ausbildung oder nahmen eine Umschulungsmaßnahme wahr. Die verbleibenden Arbeitslosen hatten entweder das Rentenalter erreicht (5 %) oder nahmen Aufgaben im privaten Haushalt wahr (12 %; dies waren ausschließlich Frauen). Korrigiert man die Erwerbslosenquote, indem man Übersiedler im Rentenalter, Hausfrauen und Personen, die sich in einer Ausbildung/Umschulung befinden, aus der Berechnung ausschließt, so sinkt der tatsächliche Anteil an Erwerbslosen zum Zeitpunkt der zweiten Befragung auf 22,5 %. Die korrigierte Erwerbslosenquote zum dritten Meßzeitpunkt beträgt sogar nur 12,1 % und entspricht damit in etwa den amtlichen Durchschnittszahlen Berlins für November 1991 (West-Berlin: 9,6 % und Ost-Berlin: 13,7 %; nach Angaben des Statistischen Landesamtes Berlin). Obgleich diese Zahlen ein sehr positives Licht auf die Entwicklung der Erwerbssituation werfen, ist zu anzumerken, daß die Bedeutung derart korrigierter Zahlen im Kontext der Übersiedlung ambivalent ist. So besteht beispielsweise bei den erwerbslosen (Haus-) Frauen die Möglichkeit, daß sie sich "unfreiwillig" aus dem Erwerbsleben zurückgezogen haben. Auch die Bedeutung einer Umschulung ist in diesem Zusammenhang nicht eindeutig positiv hinsichtlich der momentanen Lebenssituation zu interpretieren. Tatsächlich bietet sich für die betroffenen Übersiedler die Möglichkeit, aber keinesfalls die Gewißheit durch hohen Kräfteeinsatz der momentanen Arbeitslosigkeit langfristig zu begegnen.

Analysiert man die korrigierten Erwerbslosenquoten der zweiten und dritten Welle noch weiter, so stellt man fest, daß nur 22 der Welle-2-Arbeitslosen (51 %) und 10 der Welle-3-Arbeitslosen (42 %) überhaupt noch nie seit der

Übersiedlung (zumindest für kurze Zeit) gearbeitet haben. Die Zahl derjenigen, die nicht einmal für kurze Zeit einer Gelegenheitsarbeit nachgehen konnten, ist also verschwindend gering. Dennoch dürften derart instabile Beschäftigungsverhältnisse einen sehr hohen Belastungsgrad aufweisen. Dieser Zahlenspiegel verdeutlicht damit vielmehr die hohe Motivation der Übersiedler, zumindest kurzfristig die finanzielle Situation und die Chance, in ein dauerhaftes Arbeitsverhältnis aufgenommen zu werden, zu verbessern.

Viele haben dauerhaft, einige zumindest vorübergehend Arbeit gefunden. Dieses außerordentlich positive Bild sagt allerdings nichts über die Qualität der angenommenen Stellen aus und kann daher über die tatsächlichen Verhältnisse hinwegtäuschen. Nicht auszuschließen ist, daß auch unterfordernde, der Qualifikation des Einzelnen nicht gerecht werdende Tätigkeiten angenommen wurden. Von den Übersiedlern, die zum Jahreswechsel 1989/1990 in die Bundesrepublik kamen, weiß man, daß 40 % in Berufen tätig waren, die außerhalb oder unterhalb ihrer Berufsqualifikation lagen (Adamy, 1990, S. 256; Kraushaar, 1990, S. 24). Ein Hinweis, daß dies auch auf die von uns befragten Übersiedler zutrifft, läßt sich aus der Beobachtung ableiten, daß 40 % der Erwerbstätigen des dritten Meßzeitpunktes die Arbeitsstelle mindestens einmal, 15 % sogar mindestens zweimal gewechselt haben (vgl. auch Adamy, 1990). Auch beurteilen gerade die erwerbstätigen männlichen Übersiedler ihr Arbeitsverhältnis im Vergleich zur früheren Tätigkeit in der DDR anfänglich ungünstiger als zu späteren Erhebungszeitpunkten. Waren es anfänglich noch 17 %, die angaben, sich beruflich verschlechtert zu haben, so waren es zum zweiten Meßzeitpunkt gerade noch 10 % und zum letzten Meßzeitpunkt noch 8 %. Bei den weiblichen Übersiedlern findet man einen ähnlichen, jedoch nicht ganz so deutlichen Trend. Letztlich läßt sich 21 Monate nach der Übersiedlung eine positive Bilanz ziehen, in der sich auch die anfänglichen Wirren der neuen Arbeitssituation zunehmend legten. Dies gilt insbesondere, wenn man sich vor Augen hält, daß 23 % der Befragten in der DDR nicht in ihrem erlernten Beruf gearbeitet haben.

Schlußbemerkung

Wir haben in diesem Kapitel sehr viel über die Entwicklung der sozialen Situation der Übersiedler anhand differenzierter und objektiver, aber auch nüchterner Zahlen erfahren. Es ließen sich noch viele weitere Aspekte darstellen. Dennoch bildet dieses Zahlenmaterial nur die Grundlage, um besser verstehen zu können, wie die vielfältigen und drastischen Veränderungen psychologisch erlebt und verarbeitet wurden. Die positive soziale Entwicklung muß nicht unbedingt mit der psychologischen Entwicklung korrespondieren. Soziale Erfolge erfordern in hohem Maße den Einsatz persönlicher Ressourcen. Dieser Einsatz wird nur dann nicht psychisch teuer bezahlt, wenn die Person eine "objektive" Verbesserung ihrer Lage erlebt (Hobfoll, 1989). Wer im Verhältnis zum Ausmaß eingesetzter Ressourcen subjektiv weniger zurückerhält, dessen Situation hat sich — trotz objektiver Verbesserungen — in psychologischer Hinsicht verschlechtert.

Die Bundesregierung hat zwar sehr viel Geld für die materielle Existenzsicherung (z. B. Schaffung von Wohnraum, Hilfen zur Gründung selbstständiger Existenzen, etc.) von Aus- und Übersiedlern zur Verfügung gestellt (allein 1989 2,6 Mrd. DM [ohne die Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit]) und damit in hohem Maß zur Verbesserung der sozialen Lage beigetragen, jedoch vergleichsweise wenig Mittel für die psychosoziale Betreuung bereitgestellt. Für Eingliederungsmaßnahmen aufgrund von persönlichen oder familiären Problemen wurden den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege 1989 Mittel in Höhe von insgesamt 43,1 Mio. DM und für 1990 79,9 Millionen DM bewilligt (Linzbach, 1992). Auch wenn mit diesem Geld Beachtliches geleistet wurde (z. B. Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendaufbauwerk, 1990), so reichten die Mittel höchstens, um Menschen zu betreuen, die den Adaptationsanforderungen nicht gewachsen waren. Präventive Beratungs- und Betreuungsmaßnahmen im Vorfeld, die die Entstehung persönlicher oder familiärer Konflikte hätten verhindern können, blieben daher eher die Ausnahme.

Wie die Übersiedler ihren Lebenswandel erlebnis-, befindlichkeits- und verhaltensbezogen verarbeitet haben, welche Ressourcen sie erfolgreich gegen die Belastungen ins Feld führen konnten, ist Gegenstand der weiteren Kapitel in diesem Buch.

Literatur

- Adamy, W. (1990). Die Integration von Aus- und Übersiedlern in den bundesdeutschen Arbeitsmarkt. *Arbeit und Sozialpolitik*, 39 (7), 254-257.
- Anweiler, O. (1990). Gründzüge der Bildungspolitik und der Entwicklung des Bildungswesens seit 1945. In Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), *Vergleich von Bildung und Erziehung in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik* (Kap. III, S. 11-33). Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.
- Becker, U., Becker, H. & Ruhland, W. (1992). *Zwischen Angst und Aufbruch. Das Lebensgefühl der Deutschen in Ost und West nach der Wiedervereinigung*. Düsseldorf: Econ-Verlag.
- Bechtold, S., Gießing, S. & Gnos, R. (1990). Aus- und Übersiedler in Unterkunftseinrichtungen. *Wirtschaft und Statistik*, 42 (11), 757-767.
- Bielenski, H., Enderle, J. & Rosenblatt von, B. (1992). *Arbeitsmarkt-Monitor für die neuen Bundesländer. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* (BeitrAB 148.4). Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.
- Borg, I., Braun, M. & Häder, M. (1993). Arbeitswerte in Ost- und Westdeutschland: Unterschiedliche Gewichte, aber gleiche Struktur. *ZUMA-Nachrichten*, 33, 64-82.
- Brenke, P. (1992). *Bauarbeiter aus der DDR. Eine empirische Untersuchung über gruppenspezifische Merkmale bei Flüchtlingen und Übersiedlern der Jahre 1989 und 1990*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendaufbauwerk (Hrsg.), (1990). *Achtundzwanzigste Sozialanalyse der Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendaufbauwerk zur Situation junger Aus- und ÜbersiedlerInnen aus der DDR für den Zeitraum vom 1.1.1989 bis zum 31.12.1989. Jugend, Beruf und Gesellschaft*, 41 (3), 114-124.
- Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen (1961). *Die Flucht aus der Sowjetzone und die Sperrmaßnahmen des kommunistischen Regimes vom 13. August 1961 in Berlin*. Bonn, Berlin: Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen.

- Bundeszentrale für politische Bildung (1990). Verträge zur deutschen Einheit (Stand: Oktober 1990). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Evangelischer Pressedienst (1989). Eingliederung von Aussiedlern. Fakten, Daten und Anregungen für die Eingliederungsarbeit. epd-Dokumentation Nr. 1/89. Frankfurt am Main: Haus der Evangelischen Publizistik.
- Fährnich, M., Lindenfelser, C. & Weissgärber, W. (1990). Die Arbeit mit jungen Aus- und Übersiedlern vor Ort. Auszüge aus Monatsberichten. *Jugend, Beruf und Gesellschaft*, 41 (3), 125-138.
- Feger, H. (1994). Structure analysis of co-occurrence data. Freie Universität Berlin: Unveröffentlichtes Buchmanuskript.
- Gehrmann, M. (1992a). Ausreise als soziales Muster — Zum Beitrag der DDR-Auswanderer der 80er Jahre zur Destabilisierung des SED-Regimes. unveröffentlichtes Vortragsmanuskript. 26. Deutscher Soziologentag — Düsseldorf, 1.10.1992.
- Gehrmann, M. (1992b). "Jeder lebt hier mehr für sich..." — Zur sozialen Integration von DDR-Zuwanderern in der alten Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin. *Berliner Journal für Soziologie*, 2, 173-193.
- Gewande, W.-D. (1984). Anerkennung von Aussiedlerzeugnissen. Berufliche Bildung und berufliche Qualifikation in der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin/Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung.
- Grundmann, S. (1990). Außen- und Binnenmigration der DDR 1989. Versuch einer Bilanz. *Deutschland Archiv*, 22 (9), 1422-1432.
- Haberland, J. (1991). Eingliederung von Aussiedlern und Zuwanderern: Sammlung von Texten, die für die Eingliederung von Aussiedlern aus den osteuropäischen Staaten von Bedeutung sind (5. überarbeitete und erweiterte Auflage). Leverkusen: Heggen-Verlag.
- Hahn, A. & Schwarzer, R. (1994). Streß, soziale Unterstützung und Gesundheit: Eine Längsschnittstudie zur Wiedereingliederung von DDR-Übersiedlern in das Arbeitsleben. In T. Kieselbach (Hrsg.), *Arbeitslosigkeit und Gesundheit — Neuere Ergebnisse der europäischen Arbeitslosenforschung*. Weinheim: Deutscher Studien Verlag.
- Hänsgen, K.-D., Kasielke, E., Schmidt, L.R. & Schwenkmezger, P. (1991). Persönlichkeitsvergleiche zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen: Selbsteinschätzungen, objektive Tests und neurosenrelevante Persönlichkeitsmerkmale. *Trierer Psychologische Berichte Band 18 (Heft 9)*. Trier: Universität Trier.
- Henrich, R. (1990). Der vormundschaftliche Staat. Zum Versagen des real existierenden Sozialismus. Hamburg: Reinbek.
- Hilmer, R. & Köhler, A. (1989a). Der DDR läuft die Zukunft davon. Die Übersiedler-/Flüchtlingswelle im Sommer 1989. *Deutschland Archiv*, 22 (12), 1383-1388.
- Hilmer, R. & Köhler, A. (1989b). Die DDR im Aufbruch. Was halten die Bundesdeutschen Ende Oktober 1989 von Flüchtlingswelle und Reformen? *Deutschland Archiv*, 22 (12), 1389-1393.
- Hin, M. & Pöschl, H. (1993). Entwicklung der Erwerbstätigkeit in den neuen Ländern und Berlin-Ost. *Wirtschaft und Statistik*, 45 (2), 91-97.
- Hobfoll, S.E. (1989). Conservation of resources: A new attempt at conceptualizing stress. *American Psychologist*, 44 (3), 513-524.
- Hofbauer, H. (1985). Die berufliche Eingliederung von Übersiedlern aus der DDR und Berlin (Ost). *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, 27, 340-378.
- Hummel, T. (1990). Anerkennungspraxis von Hochschulabschlüssen aus der DDR und anderen sozialistischen Staaten. [Diskussionspapier Nr. 19/90 des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung]. Berlin: Freie Universität Berlin.
- Kieselbach, T. & Voigt, F. (Hrsg.), (1992). Systemumbruch, Arbeitslosigkeit und individuelle Bewältigung in der Ex-DDR. Weinheim: Deutscher Studien Verlag.

- Köhler, H. & Schreier, G. (1990). Statistische Grunddaten zum Bildungswesen. In Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), Vergleich von Bildung und Erziehung in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (Kap. II.5, S. 112-155). Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.
- Kraushaar, D. (1990). Politik, Wohnsituation und Arbeitsmarkt. Veränderte Rahmenbedingungen für die soziale Arbeit mit Aussiedlern. Informationsdienst zur Ausländerarbeit, 2, 21-25.
- Linzbach, C. (1992). Die Zusammenarbeit des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit mit den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege im Rahmen der sozialen Beratung und Betreuung von Aus- und Übersiedlern. In W. Lanquillion (Hrsg.), Dokumentation über die Eingliederungsarbeit für und mit Aussiedlern (1986-1991) [Diakonisches Werk der evangelischen Kirche in Deutschland e.V.] (S. 447-451). Stuttgart: Verlagswerk der Diakonie GmbH.
- Meck, S., Belitz-Demriz, H. & Brenske, P. (1992). Soziodemographische Struktur und Einstellungen von DDR-Flüchtlingen/Übersiedlern: Eine empirische Analyse der innerdeutschen Migration im Zeitraum Oktober 1989 bis März 1990. In D. Voigt & L. Mertens (Hrsg.), Minderheiten in und Übersiedler aus der DDR (Kap. 1, S. 9-38). Berlin: Duncker & Humblot.
- Mitter, A. & Wolle, S. (Hrsg.). (1990). Ich liebe Euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS Januar - November 1989. Berlin: Basisdruck.
- Pratsch, C. & Ronge, V. (1985a). "So einer wartet nicht auf das Arbeitsamt." Die Integration der DDR-Übersiedler in die westdeutsche Gesellschaft. Deutschland Archiv, 18, 158-169.
- Pratsch, C. & Ronge, V. (1985b). Arbeit finden ist leichter als Freunde. DDR-Übersiedler der 1984er Welle nach einem Jahr im Westen. Deutschland Archiv, 18, 716-725.
- Pratsch, C. & Ronge, V. (1989). Ganz normale Bundesbürger? Zur Integration von DDR-Übersiedlern nach fünf Jahren im Westen. Deutschland Archiv, 22, 904-912.
- Pröbsting, K. (1990). Die Eingliederung der Aussiedler und Übersiedler in den Arbeitsmarkt. Soziale Sicherheit, 39 (3), 83-86.
- Ronge, V. (1985). Von drüben nach hüben. DDR-Bürger im Westen (2. Aufl.). Wuppertal: Verlag 84 Hartmann + Petit.
- Ronge, V. (1989). Die berufliche Integration weiblicher Übersiedler aus der DDR. Bonn: Unveröffentlichte Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Innerdeutsche Beziehungen.
- Ronge, V. (1990). Übersiedlung 16millionenfach. Sozialwissenschaften und Berufspraxis, 13 (3), 200-209.
- Ronge, V. (1992). Übersiedler aus der DDR — Ein Minderheitenproblem? In D. Voigt & L. Mertens (Hrsg.), Minderheiten in und Übersiedler aus der DDR (Kap. 3, S. 53-65). Berlin: Duncker & Humblot.
- Scheier, M.F. & Carver, C.S. (1987). Dispositional optimism and physical well-being: The influence of generalized outcome expectancies on health. Journal of Personality, 55, 169-210.
- Schumann, K.F. (1991). Probleme der Assimilation von Bürgern und Bürgerinnen der ehemaligen deutschen Teilstaaten. Deutschland Archiv, 24 (1), 1193-1201.
- Schumann, K.F., Dietz, G.-U., Gehrman, M. & Kaspras, H. (1990). Integration von Zuwanderern aus der DDR. Beiträge zur Arbeitsmarkt und Berufsforschung, 133, 249-263.
- Schumann, K.F., Kaspras, H., Gehrman, M. & Dietz, G.-U. (1990). Integration von DDR-Bürgern und Bürgerinnen in der Bundesrepublik Deutschland. Innovation [Wien], 4, 713-727.
- Schwarzer, R. (1993). Defensiver und funktionaler Optimismus als Bedingungen für Gesundheitsverhalten. Zeitschrift für Gesundheitspsychologie, 1(1), 7-31.

- Schwarzer, R. & Jerusalem, M. (1990). Psychische und körperliche Gesundheit von Übersiedlern aus der DDR. *Psychomed*, 2, 108-110.
- Statistisches Jahrbuch der DDR (1989). Statistisches Jahrbuch der DDR — Jahrgang 34. Berlin (Ost): Staatliche Zentralverwaltung für Statistik.
- Straubhaar, T. (1988). On the economics of international labor migration. Bern: Verlag Paul Haupt.
- Ulrich, R. (1990). Die Übersiedlerbewegung in die Bundesrepublik und das Ende der DDR [P 90-302]. Berlin: FIB Papers, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Veiel, H.O.F. & Baumann, U. (1992). The many meanings of social support. In H.O.F. Veiel & U. Baumann (Eds.) *The meaning and measurement of social support* (pp. 1-9). Washington, DC: Hemisphere.
- Voigt, D., Belitz-Demiriz, H. & Meck, S. (1990). Soziodemographische Struktur und Einstellungen von Flüchtlingen/Übersiedlern aus der DDR vor und nach Grenzöffnung. *Deutschland Archiv*, 23, 732-746.
- Voigt, D., Voß, W. & Meck, S. (1987). *Sozialstruktur der DDR*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Weiner, B. (1984). *Motivationspsychologie*. Weinheim: Beltz Verlag.
- Wendt, H. (1991). Die deutsch-deutschen Wanderungen — Bilanz einer 40jährigen Geschichte von Flucht und Ausreise. *Deutschland Archiv*, 24 (4), 386-395.
- Winkler, G. (Hrsg.). (1990). *Sozialreport 1990* (Bd. I und II). Berlin (Ost): Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR.
- Zentralarchiv für empirische Sozialforschung (Hrsg.). (1992). *ZA-Informationen* (Nr. 30). Köln: Zentralarchiv.